

I. DIE SCHULDENFRAGE IM KRIEG UND IN DEN ERSTEN NACHKRIEGSJAHREN

1. ÜBERLEGUNGEN IM KRIEG

Im Verlauf des Jahres 1942 zeichnete sich immer deutlicher ab, daß Deutschland den Krieg früher oder später verlieren würde. Der Kriegseintritt der Vereinigten Staaten im Dezember 1941 und die sowjetische Gegenoffensive bei Stalingrad im November 1942 markierten Wendepunkte des Krieges, so daß Überlegungen und Planungen für die Zeit nach dem Krieg auf eine konkretere Basis gestellt werden konnten. Dabei dienten die überwiegend negativen Erfahrungen, die man nach dem Ersten Weltkrieg gemacht hatte, als Orientierungsrahmen.

Der britische Ökonom und Nobelpreisträger John Maynard Keynes hatte schon Anfang der zwanziger Jahre Kritik am Versailler Vertrag geübt.¹ Während der gesamten Zwischenkriegszeit war er ein aufmerksamer Beobachter der Probleme, die sich aus der Verflechtung von Reparationen und interalliierten Kriegsschulden ergaben. Die dem Deutschen Reich von den Siegermächten auferlegten gigantischen Reparationslasten und die enormen Kriegsschulden der europäischen Länder, insbesondere gegenüber den Vereinigten Staaten, hatten die internationalen Finanzbeziehungen zu einem Gordischen Knoten verknäult,² der während der gesamten Zwischenkriegszeit und darüber hinaus nicht entwirrt werden konnte und schließlich zur Neuordnung des Weltwährungssystems von Bretton Woods führte.³ Keynes, der während des Krieges zusammen mit einigen anderen namhaften Wirtschaftswissenschaftlern als Berater in den britischen Staatsdienst eingetreten war, forderte entschieden dazu auf, aus den Fehlern von Versailles zu lernen. In dem von Haß und Rachsucht vergifteten Klima der Versailler Friedensverhandlungen war Deutschland, das im berühmten Artikel 231 des Versailler Vertrags zum alleinigen Kriegsverursacher erklärt worden war, von den Siegermächten unter demütigenden Umständen mit exorbitant

¹ Vgl. JOHN M. KEYNES, *Der Friedensvertrag von Versailles*, Berlin 1921, S. 40ff.

² Vgl. BERNHARD MAHRHOLZ, *Reparationsregelung und interalliierte Kriegsschulden*, in: *Bankwissenschaft* 5 (1928), S. 648–652.

³ Vgl. RAYMOND F. MIKESELL, *Foreign Exchange in the Postwar World*, New York 1954, S. 14ff.; ECKARD MINX, *Von der Liberalisierungs- zur Wettbewerbspolitik*, Berlin 1980, S. 17ff.

hohen Reparationsforderungen belegt worden, die als moralisch gerechtfertigt angesehen wurden.⁴

Obwohl der Wunsch nach Straf- und Vergeltungsmaßnahmen gegenüber Nazi-Deutschland weitaus verständlicher war, riet Keynes entschieden davon ab, weil die Auswirkungen derartiger Maßnahmen schädlich für Großbritannien sein würden.

Unter Vorsitz von Sir William Malkin wurde Ende November 1942 in London ein interministerieller Ausschuß eingesetzt, der Grundsätze für eine künftige Regelung der Reparationsfrage sowie damit verwandter Gebiete erarbeitete. Dem *Malkin Committee* gehörten Beamte des *Board of Trade*, *Treasury*, des *Foreign Office* und einige Finanzexperten an, darunter John M. Keynes.⁵ Im Sommer 1943 legte der Ausschuß die *Recommendations of the British Interdepartmental Committee on Reparation and Economic Security* vor.⁶ Der kurz *Malkin Report* genannte Bericht sprach sich im Prinzip gegen die Erhebung von Reparationen aus, allenfalls in einem bescheidenen Umfang über einen Zeitraum von nicht mehr als fünf Jahren. Reparationsleistungen sollten ganz überwiegend aus dem beschlagnahmten deutschen Auslandsvermögen bestritten werden. Ein bequemer Weg für jeden Staat, der über diese Quelle verfügte, da ein sofortiger Zugriff möglich und Transferleistungen nicht erforderlich waren. Im übrigen empfahl der Bericht, sich weitgehend auf Restitutionen, d.h. die faktische Rückgabe geraubter Gegenstände, wie z.B. Kunstgegenstände oder Wertpapiere, zu beschränken.⁷ Auf gar keinen Fall sollten Reparationen in Form von Geldleistungen in Frage kommen, denn es war klar, daß Deutschland nach dem Krieg nur über eine begrenzte Zahlungsfähigkeit verfügen würde. Für Devisen galt dies ganz besonders, weil durch den Verlust des Auslandsvermögens, der Schiffahrt u.a. wesentliche Deviseneinnahmequellen entfielen. Auf der anderen Seite hielt man Deutschland trotz der beträchtlichen Kriegsverluste auch in Zukunft für eine enorm leistungsfähige Industrienation, sobald die deutschen Produktionskapazitäten wieder auf Friedenswirtschaft umgestellt sein würden. „But we cannot say“, hieß es einschränkend, „how great until we have much knowledge, now unattainable, of the

⁴ Vgl. FISCH, Reparationen nach dem Zweiten Weltkrieg, S. 11 ff.

⁵ Zur Zusammensetzung des *Malkin Committee* vgl. LOTHAR KETTENACKER, Krieg zur Friedenssicherung. Die Deutschlandplanungen der britischen Regierung während des Zweiten Weltkriegs, Göttingen 1989, S. 399.

⁶ Abgedruckt in: DONALD MOGGRIDGE (Hrsg.), *The Collected Writings of John Maynard Keynes*, Bd. XXVI: *Activities 1941–1946. Shaping the Post-War World Bretton Woods and Reparations*, Cambridge o.J., S. 348–373.

⁷ Zur Unterscheidung von Restitution und Reparation vgl. EICHHORN, S. 68 ff.

economic conditions of the post-war world.“⁸ Unstreitig war allerdings, daß die Auferlegung umfangreicher Reparationsforderungen, vergleichbar mit der Praxis nach 1918, die wirtschaftliche Erholung Deutschlands erheblich verzögern würde. „It would delay and impair the restoration of normal trade in Germany, to the disadvantage not only of herself but also of her neighbours and competitors.“⁹ Funktionierende Handelsbeziehungen wurden also mittelfristig für lukrativer gehalten als Reparationszahlungen, zumal England als nicht besetztes Land von der zur Verfügung stehenden Reparationsmasse nur einen relativ kleinen Teil erhalten würde. Aus Sicht des *Malkin Committee* machte es deshalb weitaus mehr Sinn, Deutschland nach dem Ende des Krieges zur Bezahlung notwendiger Hilfslieferungen und zur Beteiligung an den beträchtlichen britischen Besatzungskosten zu verpflichten. Dafür sollten sobald wie möglich deutsche Exportüberschüsse verwendet werden. Die Experten des *Malkin Committee* sahen klar voraus, daß auf Großbritannien als Siegermacht enorme finanzielle Lasten zuzukommen drohten, die das wirtschaftlich arg gebeutelte Land kaum zu tragen vermochte. Die Kriegführung hatte die britische Volkswirtschaft über Gebühr beansprucht. Ohne amerikanische Hilfe wäre sie in dem Umfang überhaupt nicht möglich gewesen.¹⁰

Neben den bisher genannten Reparationen, Restitutionen und Besatzungsmaßnahmen befaßte sich der *Malkin Report* in Abschnitt XII schließlich noch mit einer weiteren Gruppe finanzieller Forderungen. Es handelte sich um die sogenannten *Pre-War Claims on Germany*, denen man sich mit einer gewissen Unsicherheit zugewandt hatte. Einleitend hieß es dazu, daß der Ausschuß „in some perplexity“¹¹ nach tragfähigen Lösungsmöglichkeiten für dieses spezielle Problem gesucht und sich schließlich auf die Präsentation von drei Alternativen beschränkt habe. Die große Schwierigkeit bestand ganz einfach darin, daß jede Bedienung der Vorkriegsverbindlichkeiten zwangsläufig zu Lasten von Reparationen oder Besatzungskosten gehen mußte. Eine Befriedigung aller theoretisch denkbaren Schuld- und Entschädigungsansprüche gegenüber Deutschland war völlig unrealistisch. Deshalb mußte in jedem Fall eine Grundsatzentscheidung getroffen werden, welche Kategorie von Ansprüchen Priorität erhalten sollte. Die im *Malkin Report* vorgeschlagene Alternative I sah vor „to wipe out private pre-war claims

⁸ MOGGRIDGE (Hrsg.), S. 360.

⁹ Ebd., S. 361.

¹⁰ Vgl. RICHARD N. GARDNER, *Sterling-Dollar Diplomacy in Current Perspective. The Origins and the Prospects of our International Economic Order*, New York 1980, S. 171 ff.

¹¹ MOGGRIDGE (Hrsg.), S. 367.

against Germany so as to leave the whole of Germany's capacity intact to meet claims arising out of the war and subsequent development."¹² Der Vorschlag bot eine radikale Lösung zugunsten der aus dem Krieg resultierenden Forderungen, die sicher nicht im Interesse der Vorkriegsgläubiger liegen konnte, auch wenn es den Einzelstaaten freigestellt bleiben sollte, ihre betroffenen Gläubiger aus Staatsmitteln zu entschädigen.¹³ Problematisch war auch, daß diese Regelung unterschiedslos für alle Vorkriegsschulden gelten sollte, egal ob sie aus rein geschäftlichen Zusammenhängen resultierten oder, wie z. B. die Verbindlichkeiten aus der Dawes- und der Young-Anleihe, in ihrer Genese in einem mittelbaren Zusammenhang zu den Reparationen des Ersten Weltkriegs standen und daher nach Meinung des Ausschusses „involve a certain responsibility for some of the Allied Governments.“¹⁴ Auf die britische Regierung traf dieser Vorbehalt sicher zu. Die Alternative II sah vor, die Bedienung der Vorkriegsschulden einem fünfjährigen Moratorium zugunsten von Reparationszahlungen zu unterwerfen, die Schuldverhältnisse juristisch aber unverändert bestehen zu lassen. Damit blieb den Gläubigern zumindest die Chance erhalten, zu einem späteren Zeitpunkt eine Wiederaufnahme des Schuldendienstes erreichen zu können. Die Alternative III stellte eine Art Kompromiß aus den Alternativen I und II dar. Demnach sollte ein beträchtlicher Teil der deutschen Auslandsschulden gelöscht werden, die Dawes- und Young-Anleiheschulden sollten davon aber ausgenommen werden. Dieser Vorschlag war scheinbar etwas weniger rigoros als der erste, implizierte aber eine fragwürdige Ungleichbehandlung der Vorkriegsgläubiger. Offenbar sollten nur diejenigen Schuldverhältnisse erhalten bleiben, welche einen gewissen politischen Charakter aufwiesen. Daraus ergab sich abgesehen von der Gerechtigkeitsfrage aber auch ein Definitionsproblem.

Die Alternative II, die im Bericht zu Recht als „by far the simplest solution“¹⁵ bezeichnet wurde, entsprach am ehesten dem traditionell legalistischen britischen Rechtsempfinden. Außerdem wurde mit dieser Variante auch dem moralischen Aspekt der Wiedergutmachung als wichtiger Auf-

¹² Ebd., S. 368.

¹³ Als Vorteil der radikalen Alternative I wurde die Möglichkeit gesehen, gleichzeitig mit den Vorkriegsschulden auch die im Krieg aus dem Verrechnungsverkehr zwischen Deutschland und diversen Staaten entstandenen Clearing-Schulden auslöschen zu können. Ein besonderes Problem waren hierbei die neutralen Staaten. Vgl. dazu BERND HÖPFNER, Clearingdefizite im Großwirtschaftsraum. Der Verrechnungsverkehr des Dritten Reiches 1939–1945, in: Bankhistorisches Archiv 14 (1988), S. 116–138.

¹⁴ MOGGRIDGE (Hrsg.), S. 369.

¹⁵ Ebd.

gabe von Reparationen Rechnung getragen.¹⁶ Der *Malkin Report* stieß wegen seiner moderaten Haltung gegenüber Deutschland, das nicht als „böser Bube“, sondern als ein „vom Bankrott bedrohter Konzern, den man im Interesse seiner Gläubiger sanieren mußte“¹⁷, behandelt werden sollte, in Großbritannien vielfach auf kritische Reaktionen. Diese waren teils ideologisch, teils industriepolitisch begründet. An einem maßvollen Umgang mit dem Kriegsverlierer Deutschland waren dagegen all jene Kräfte interessiert, die darauf hofften, nach dem Krieg finanzielle Forderungen gegenüber Deutschland oder deutschen Staatsbürgern geltend machen zu können. Eine rasche Normalisierung der deutschen Volkswirtschaft war dafür die unabdingbare Voraussetzung.¹⁸

Obwohl der Krieg noch fast zwei weitere Jahre andauerte, boten die weitsichtigen und realistischen Empfehlungen des *Malkin Report* den Beamten der mit der Nachkriegsthematik befaßten Ministerien eine gute Diskussionsgrundlage. Auch in den USA wurde der *Malkin Report* mit Interesse zur Kenntnis genommen, denn vergleichbare Analysen offizieller Stellen gab es in den USA zu diesem Zeitpunkt ebenso wenig wie in anderen alliierten Staaten.¹⁹ Dem *Malkin Report* kam somit eine wichtige Vordenkerfunktion zu. Allerdings wurde die schwierige Frage des künftigen Umgangs mit den privaten *pre-war debts* darin nur am Rande thematisiert. Die Reparationsfrage stand naturgemäß im Vordergrund, sie war jedoch mit der Schuldenfrage eng verflochten. In England oblag die Zuständigkeit für diese komplizierte Materie auf staatlicher Seite primär dem *Treasury*. Bereits im Oktober 1941 hatte das *Public Trustee Office* dort angefragt, ob das auf Grund des *Trading with the Enemy Act* in Großbritannien seit Kriegsbeginn beschlagnahmte deutsche Auslandsvermögen nicht zur Regelung kommerzieller deutscher Schulden herangezogen werden sollte. Ein sofortiger Verkauf deutscher Vermögenswerte wurde für diesen Fall dringlich empfohlen.²⁰ Diesem Vorschlag lag die auch im *Malkin Report* enthaltene Überlegung zugrunde, daß nach dem Krieg in Deutschland nicht genügend liquide Mittel vorhanden sein würden, um Reparationen, Vorkriegsschulden und sonstige finanzielle Ansprüche gleichermaßen zu erfüllen. Mit großer Wahrscheinlichkeit war daher damit zu rechnen, daß die moralisch begründbaren Reparations- und Entschädigungsforderungen Priorität gegen-

¹⁶ Vgl. FISCH, Reparationen nach dem Zweiten Weltkrieg, S. 35 ff.

¹⁷ KETTENACKER, S. 401.

¹⁸ Vgl. ebd., S. 407 ff.

¹⁹ Vgl. ERNEST FRANCIS PENROSE, *Economic Planning for Peace*, Princeton 1953, S. 37 ff. und 217 ff.

²⁰ Public Trustee Office (Fass) to Waley (Treasury), 20. 10. 1941, PRO, T 236–1984.

über den Vorkriegsverbindlichkeiten erhalten würden. Dies war insbesondere dann zu erwarten, wenn es sich um rein geschäftliche Schuldverpflichtungen ohne jeden politischen Bezug handelte. Auszuschließen war nicht einmal, daß die Vorkriegsschulden im Sinn der Variante I des *Malkin Report* völlig unter den Tisch fielen. Auch im Ersten Weltkrieg waren die deutschen Vermögenswerte in England und in vielen anderen Ländern beschlagnahmt und zur Schuldentilgung verwandt worden. Laut Artikel 296 des Versailler Vertrags hatten die Siegerstaaten das Recht, Bankschulden oder Handelsschulden aus Erlösen des deutschen Auslandsvermögens zu tilgen. In England war es mit Hilfe staatlicher *clearing offices* innerhalb von nur drei Jahren gelungen, fast sämtliche Vorkriegsschulden zu bereinigen.²¹ Das in einer mehr als vierzig Jahre währenden Friedenszeit bis 1914 angesammelte deutsche Auslandsvermögen gestattete eine komplette Schuldentilgung zu Vorkriegskursen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg stellte sich die Lage gänzlich anders dar. Sir Otto Niemeyer, Direktor der *Bank of England*, erklärte es gegenüber Sir David Waley vom *Treasury* für „nearly impossible to derive any guidance from what happened last time (except as to what *not* to do).“ Er fügte an, daß es diesmal notwendig werden würde „to be much more brutal to our nationals: and much less expectant from Germany.“²² Dies bedeutete im Klartext, daß den britischen Gläubigern noch manch bittere Pille verabreicht werden würde. Denn einerseits belief sich der geschätzte Wert des deutschen Auslandsvermögens in Großbritannien nur auf einen Bruchteil des seinerzeitigen Werts, andererseits war der Schuldenberg weitaus höher, da es diesmal nicht nur um die zwischen Industrienationen üblichen Handelsschulden ging. Diese Gruppe bildete lediglich einen überschaubaren kleineren Teil der Vorkriegsverbindlichkeiten. Der größte Teil der Schulden entfiel auf die mittel- und langfristigen Anleiheschulden, darunter die beträchtlichen Rückstände aus der Dawes- und Young-Anleihe, sowie auf die sogenannten Stillhalteschulden (*standstill debts*).²³ Sowohl für die Stillhalteschulden als auch für die meisten Anleiheschulden konnte wegen ihres spe-

²¹ German property in the United Kingdom and United Kingdom claims against Germany: Paper by the Trading with the Enemy Department (Ende 1942), PRO, T 236–1984.

²² Niemeyer (Bank of England) to Waley (Treasury), 18. 1. 1943, PRO, T 236–1984.

²³ Waley (Treasury) to Keynes, 22. 10. 1941, PRO, T 236–1984. In diesem Schreiben wird das deutsche Vermögen in Großbritannien auf £ 20 Mio. geschätzt. Die Handelsschulden wurden auf £ 2 Mio., die *standstill debts* auf £ 34 Mio., die Anleiheschulden auf £ 60 Mio. taxiert. Die in den Akten des PRO befindlichen Zahlenangaben der Jahre 1941 bis 1945 schwanken allerdings erheblich, was teilweise auf die unterschiedliche Berechnung von Zinsen zurückzuführen ist.

zifischen Entstehungszusammenhangs eine gewisse Regierungsverantwortlichkeit reklamiert werden.

Der Vorschlag des *Public Trustee Office*, die Handelsschulden noch während des Krieges aus dem deutschen Auslandsvermögen zu befriedigen, um sie nicht der Gefahr auszusetzen, später im Strudel der Reparations- und Nachkriegsforderungen unterzugehen, stieß auf den Widerspruch der *Bank of England*. Zwar zeigten sich die Herren der Bank grundsätzlich um die Wahrung der rechtmäßigen Ansprüche aller Gläubiger besorgt, sie lehnten es aber entschieden ab, daß „banking claims should be relegated below traders' claims.“²⁴ Die Reaktion der britischen Staatsbanker auf den Vorstoß des *Public Trustee Office* verdeutlicht eine weitere grundsätzliche Schwierigkeit, die mit einer Regelung der Vorkriegsschulden verbunden sein würde, nämlich die Heterogenität der Gläubigergruppen. Gemeinsam war allen Gläubigern lediglich das Ziel, ihre ausstehenden Gelder nach dem Krieg zurückzuerhalten. Die Wege, die zu diesem Ziel führten, waren aber unter Umständen verschieden und potentiell davon abhängig, ob es sich um kurz-, mittel- oder langfristige Schuldverhältnisse gegenüber Privatpersonen, Industriefirmen, Banken, sonstigen Institutionen oder um Forderungen gegen Reich, Länder und Kommunen handelte. Je nach Art des Schuldverhältnisses konnten sich also durchaus divergierende Interessenlagen ergeben.

Aus britischer Sicht kam den *standstill debts* eine besondere Bedeutung zu. Diese resultierten aus kurzfristigen Krediten (*short-term credits*) mit einer Laufzeit von bis zu einem Jahr.²⁵ Die Kredite waren von ausländischen Bankhäusern während der zwanziger Jahre an deutsche Banken, Industrie- und Handelsfirmen vergeben worden. Seit dem Jahr 1924 war viel ausländisches Kapital nach Deutschland geströmt, weil das deutsche Zinsniveau im internationalen Vergleich in der Spitzengruppe rangierte.²⁶ Kapitalanlagen in Deutschland waren aber nicht nur für ausländische Investoren interessant, sondern auch für den deutschen Kreditnehmer. Ihm war das Auslandskapital hoch willkommen, weil Auslandskredite in dieser Zeit vielfach

²⁴ Bank of England to Waley (Treasury), 31. 10. 1941, PRO, T 236–1984.

²⁵ Unter Umständen konnten auch reine Bankkredite mit einer Laufzeit von 3–5 Jahren darunter fallen. Vgl. HERMANN HINDERER, Probleme der Stillhaltecredite, Diss. Heidelberg 1935, S. 19.

²⁶ Von 1924–1930 flossen Devisen im Wert von RM 25,6 Mrd. nach Deutschland (ohne Direktanlagen in Aktien und Grundbesitz). RM 7,3 Mrd. davon waren langfristig (länger als 3 Jahre) angelegt. Vgl. FRIEDRICH-WILHELM HENNING, Die Liquidität der Banken in der Weimarer Republik, in: HARALD WINKEL (Hrsg.), Finanz- und wirtschaftspolitische Fragen der Zwischenkriegszeit, Berlin 1973, S. 71.

leichter und billiger zu bekommen waren als inländische RM-Kredite.²⁷ Viele der kurzfristig hereingenommenen Gelder wurden allerdings in Deutschland längerfristig angelegt, was beim Ausbruch der Wirtschaftskrise Anfang der 30er Jahre die Situation drastisch verschlimmerte.²⁸ Die Reichsbank erkannte zwar frühzeitig die mit der ungebremsten Hereinnahme von Auslandskapital verbundenen Gefahren, sie war aber gesetzlich nicht in der Lage, die Aufnahme kurzfristiger Auslandskredite durch Banken und Industrie zu steuern.²⁹ Daran bestand auch kein nennenswertes Interesse, weil man sich bis zum Ausbruch der Krise mit den Gegebenheiten allseits bestens arrangiert hatte. Der Zufluß von Devisen versetzte das Deutsche Reich nämlich in die Lage, seinen Reparationsverpflichtungen nachzukommen, obwohl die deutsche Leistungsbilanz während der gesamten 20er Jahre durchgehend negativ war.³⁰

Die Lage wurde aber schlagartig kritisch, als im Zuge der Weltwirtschaftskrise die in Deutschland zumeist langfristig angelegten Auslandsgelder in großem Umfang zurückgerufen wurden. Im Juli 1930 erhielt das Reich zur Überbrückung von akuten Zahlungsschwierigkeiten vom schwedischen Zündholzmagnum Ivar Kreuger eine Anleihe im Wert von \$ 125 Millionen³¹, im Oktober des gleichen Jahres gewährte ein internationales Bankenkonsortium unter Führung von *Lee, Higginson & Co. New York* noch einen weiteren Kredit in gleicher Höhe.³² Das am 21. Juni 1931 von US-Präsident Hoover für alle politischen Schulden erlassene Moratorium entlastete Deutschland zwar von seinen Reparationszahlungen, der massive Abzug privaten Kapitals aus Deutschland ging aber unvermindert weiter. Das Vertrauen der Auslandsgläubiger in die deutsche Zahlungsfähigkeit und in die Solidität der deutschen Wirtschaft schwand weiter dahin, als die

²⁷ Vgl. HINDERER, S. 13 ff.

²⁸ Seit 1928 war die Inanspruchnahme kurzfristiger Kredite stark gestiegen. Nur 19% davon entfielen auf die öffentliche Hand, der Rest auf Banken (35%) und Wirtschaft (46%). Vgl. HENNING, Liquidität, S. 72.

²⁹ Vgl. GERD HARDACH, Weltmarktorientierung und relative Stagnation. Währungspolitik in Deutschland 1924–1931, Berlin 1976, S. 72 ff.

³⁰ Vgl. ALBRECHT RITSCHEL, Die Deutsche Zahlungsbilanz 1936–1941 und das Problem des Devisenmangels vor Kriegsbeginn, in: VfZ 41 (1993), S. 103–123.

³¹ Die Kreuger-Anleihe hatte eine Laufzeit von 50 Jahren und eine Verzinsung von 6%. Die Anleihe umfaßte zwei Tranchen von \$ 50 000 und \$ 750 000. Als Gegenleistung vergab die Reichsregierung an Ivar Kreuger das Zündwarenmonopol bis 1983. Vgl. ECKHARDT WANNER, Ein Streichholzfabrikant finanziert das Reich, in: Die Bank. Zeitschrift für Bankpolitik und Bankpraxis 1983, S. 188–190.

³² Der Lee-Higginson-Kredit umfaßte \$ 125 Mio. zu einem Zinssatz von 7,5%. Vgl. HERMANN J. ABS, Entscheidungen 1949–1953. Die Entstehung des Londoner Schuldenabkommens, Mainz 1991, S. 34 f.

Reichsbank im Juni 1931 im Ausland um Kredithilfe bitten mußte, weil die Devisenlage langsam kritisch wurde.³³ Ein letztes Mal erhielt Deutschland einen befristeten Notenbankkredit, der die Krisensituation aber nur vorübergehend entschärfte, da sich der Abzug von Auslandsgeldern und die Kapitalflucht trotz der Einführung der Devisenzwangswirtschaft nicht stoppen ließen.³⁴

Langsam setzte sich vor allem in Großbritannien und in den USA die Einsicht durch, daß weitere Kredite an Deutschland lediglich die Symptome kurierten, die Wurzel des Übels aber unangetastet ließen. Im Grunde machte die wirtschaftliche Krise der frühen dreißiger Jahre sichtbar, daß die politische und die damit interdependent verflochtene wirtschaftliche Nachkriegsordnung revisionsbedürftig waren. Das Hoover-Moratorium war zwar ein erster Schritt in die richtige Richtung, die vom Isolationismus geprägten innenpolitischen Verhältnisse der Vereinigten Staaten verhinderten aber zu diesem Zeitpunkt ein gestalterisches Eingreifen der US-Regierung. Da die Vereinigten Staaten mit Abstand der Welt größter Gläubiger waren, besaßen sie allein den Schlüssel zu einer umfassenden Revision der Schulden- und Reparationsregelungen, eine unabdingbare Voraussetzung für die Gesundung der Weltwirtschaft. Mit Hingabe wurde in Washington statt dessen die Fiktion gehegt, daß private Kredite und zwischenstaatliche Finanzverpflichtungen in keinem unmittelbaren Abhängigkeitsverhältnis zueinander stünden. Der Einfluß der New Yorker Banker, die den engen Zusammenhang zwischen politischer und privater internationaler Verschuldung klar erkannten, reichte nicht aus, um den binnenorientierten *main stream* des amerikanischen Denkens nachhaltig zugunsten einer Öffnung nach außen zu beeinflussen.

Meanwhile, ignorance of the role of a creditor in international finance led the general public, as well as the businessmen to think of the 'war debts' in the same manner that they would think of debts to the local grocer, due each month. Everywhere there was a demand for the repayment of these 'debts'. These factors tended to

³³ Ende Juni lag die Notendeckung bei 40,1% und war damit hart an der Mindestgrenze von 40% Deckung durch Gold und Devisen angelangt. Die Reichsbank hatte deswegen von F, GB, den USA und der BIZ einen Überbrückungskredit von \$ 100 Mio. erhalten, befristet auf 4 Wochen, verlängert auf 3 Monate. Vgl. KARL ERICH BORN, Die deutsche Bankenkrise 1931. Finanzen und Politik, München 1967, S. 81 ff.

³⁴ Vgl. GERD HARDACH, Währungskrise 1931. Das Ende des Goldstandards in Deutschland, in: HARALD WINKEL (Hrsg.), Finanz- und wirtschaftspolitische Fragen der Zwischenkriegszeit, Berlin 1973, S. 121–133. Zur Bedeutung der Kapitalflucht vgl. HAROLD JAMES, Deutschland in der Weltwirtschaftskrise, Stuttgart 1988, S. 289 ff.

steadily dry up the mobile exchange of the world. Investments made abroad by the Americans from 1919 to 1929 were investments made for their high return.³⁵

An dieser Einstellung änderte sich bis in die 40er Jahre nichts Wesentliches. Auf Anregung des amerikanischen Präsidenten Hoover fand zwar im Juli 1931 in London eine Regierungskonferenz mit deutscher Beteiligung statt, auf der über die wirtschaftliche Notlage des Reichs beraten wurde, zu wegweisenden Neuorientierungen gelangten die dort versammelten sieben Mächte aber nicht. An die internationale Finanzwelt wurde lediglich der Appell gerichtet, das deutsche Kreditvolumen nicht weiter zu beschneiden.

Unter Vorsitz des amerikanischen Bankiers Albert H. Wiggin trat am 8. August 1931 bei der *Bank for International Settlement* (BIS) in Basel ein Sonderausschuß internationaler Bankiers zu Beratungen über die schwierige Lage zusammen. In einem vom Ausschuß beauftragten Untersuchungsbericht (*Layton-Wiggin-Report*) traten die Bankiers für eine Stabilisierung und Aufrechterhaltung des kurzfristigen deutschen Kreditvolumens ein. Sie folgten damit dem politischen Appell an die internationale Finanzwelt, allerdings nur aus schlichter Einsicht in die Notwendigkeit. Die deutschen Bank- und Industrieschuldner waren zu einer schnellen und umfänglichen Bedienung ihrer Auslandskredite nicht in der Lage.³⁶ Dies lag trotz Depression weniger an der Fähigkeit der Schuldner, die erforderlichen RM aufzubringen, als an der Unmöglichkeit für die Reichsbank, die für den Transfer nötigen Devisen zur Verfügung zu stellen.³⁷ Am 19. August 1931 wurde deshalb in Basel der Entwurf eines Stillhalteabkommens (*Standstill agreement*) unterzeichnet, das eine Laufzeit von sechs Monaten ab dem 1. September 1931 hatte.³⁸ Auf der Gläubigerseite konnten ausschließlich Banken, auf Seiten der deutschen Schuldner neben Banken auch Industrie- oder Handelsfirmen Vertragspartner des Stillhalteabkommens sein. RM-Schulden waren von der Stillhaltung ausdrücklich ausgenommen, ebenso

³⁵ WARREN LEROY HICKMAN, *Genesis of the European Recovery Program. A Study on the Trend of American Economic Policies*, Genf 1949, S. 11.

³⁶ Zum Mißverhältnis zwischen der kurzfristigen deutschen Auslandsverschuldung und den Währungsreserven der Reichsbank vgl. RUDOLF STUCKEN, *Schaffung der Reichsmark, Reparationsregelungen und Auslandsanleihen, Konjunkturen (1924–1939)*, in: *Deutsche Bundesbank* (Hrsg.), *Währung und Wirtschaft in Deutschland 1876–1975*, Frankfurt a. M. 1976, S. 279f.

³⁷ Vgl. BORN, S. 136ff.; vgl. SUSANNE WEGERHOFF, *Die Stillhalteabkommen 1931–1933. Internationale Versuche zur Privatschuldenregelung unter den Bedingungen des Reparations- und Kriegsschuldensystems*, Diss. München 1982, S. 70ff. und 198ff.

³⁸ Dabei handelte es sich um eine Art Musterabkommen, das privatrechtlich erst durch einen Briefaustausch wirksam wurde. Vgl. HARRY ARTHUR SIMON, *Das Baseler Stillhalteabkommen*, in: *Bank-Archiv* 30 (1930/31), S. 506–514.

Zins- und Amortisationsraten sowie langfristige Verbindlichkeiten. Die von den Gläubigern ursprünglich geforderte Staatsgarantie konnte ebenso abgewendet werden wie eine Sicherung durch Effekten oder Debitorenabtretung. Das Abkommen wurde nach zähen Verhandlungen in Berlin im März 1932 in leicht modifizierter Form um ein Jahr verlängert. Es firmierte nun als *Deutsches Kreditabkommen von 1932*, um den bilateralen Geschäftscharakter des Abkommens zu betonen. Die Aufrechterhaltung der kurzfristigen Kreditlinien für den deutschen Außenhandel war weiterhin das wichtigste Ziel, eine schrittweise Senkung der Kreditlinien aber grundsätzlich erlaubt, sofern die deutsche Devisenlage dies zuließ.³⁹ Die Stillhaltevereinbarungen wurden Jahr für Jahr verlängert, mit Ausbruch des Krieges brachen sie ab.⁴⁰ Zu diesem Zeitpunkt war der Gesamtumfang der Stillhalteschulden, begünstigt durch die Abwertung von Dollar und britischem Pfund, deutlich gesunken.⁴¹ Betrug der Umfang im Jahr 1931 noch RM 6,3 Milliarden, so reduzierte sich die Schuldensumme auf rund RM 700 Millionen im Jahr 1939.⁴²

In diesem Zeitraum kam es aber zu einer beträchtlichen Gewichtsverlagerung zwischen den Gläubigerländern. Während die Vereinigten Staaten im Jahr 1931 mit 36,2% den größten Anteil am Stillhalteaufkommen hielten, waren sie im Jahr 1939 mit einem Anteil von 26,4% hinter Großbritannien auf den zweiten Platz zurückgefallen, das zuvor mit einem Anteil von 28,2% hinter den USA rangiert hatte, nun aber mit weitem Abstand (56,3%) an der Spitze lag.⁴³ Es folgten die Schweiz, die Niederlande und mit etwas Abstand Frankreich als Hauptstillhaltegläubiger.⁴⁴ Zwar hatten alle Länder die Stillhalte Kredite sukzessive zurückgeführt, die britischen Banken waren dabei aber weitaus zurückhaltender vorgegangen als die Banken anderer Gläubigerländer. In absoluten Zahlen ausgedrückt beliefen sich die

³⁹ Vgl. DERS., Das neue Stillhalteabkommen, in: Bank-Archiv 31 (1931/32), S. 180 ff. Inhaltlich wurde der Begriff *short-term indebtedness* durch den Begriff *banking credits* ersetzt. Vgl. WEGERHOFF, S. 188 ff.

⁴⁰ Die Stillhaltevereinbarung mit den USA lief bis 1941. Nur das Abkommen mit der Schweiz wurde bis 1945 weitergeführt.

⁴¹ Vgl. FRITZ BERTUCH und WILHELM JAEHNICKE, Das Deutsche Kreditabkommen von 1939, Berlin 1939, S. 2.

⁴² Davon entfielen 2/3 [4,1 Mrd. RM] auf die Banken und 1/3 auf Direktkredite an Industrie und Handel. Vgl. HINDERER, S. 19.

⁴³ Die Zahlenangaben entstammen einer Tabelle über den prozentualen Anteil der Länder am Stillhalteaufkommen aus: NEIL FORBES, London Banks, the German Standstill Agreements, and „Economic Appeasement“ in the 1930s, in: The Economic History Review 40 (1987), S. 585.

⁴⁴ Der prozentuale Anteil 1931/1939 war wie folgt: Schweiz (16,0%/8,7%), Niederlande (13,0%/6,7%), Frankreich (4,5%/0,7%), übrige (2,1%/1,2%), ebd.

amerikanischen Kreditlinien 1931 auf RM 1.629 Millionen und 1939 auf RM 203 Millionen, während Großbritannien seinen Anteil im gleichen Zeitraum lediglich von RM 1.051 auf RM 463 Millionen reduzierte.⁴⁵ Die amerikanischen Banker waren im Gegensatz zu den britischen sehr bemüht, ihre Stillhalte Kredite schrittweise zu liquidieren. Dagegen neigten die britischen Stillhaltegläubiger dazu, ihre Kredite in Deutschland zu belassen. Montagu Norman, der *Governor* der *Bank of England*, hatte in der Bankenwelt eifrig für den Abschluß von Stillhaltevereinbarungen geworben, weil mit dem Hoover-Moratorium die Voraussetzung dafür geschaffen worden war. Die Londoner Banker hatten eine Aussetzung aller politischen Zahlungen bis zur völligen Wiederherstellung des kommerziellen Kredits gefordert. Die britische Regierung und die britischen Banker stimmten in ihrer Intention weitgehend überein, die Kreditlinien gegenüber deutschen Banken und Firmen trotz der schwierigen Lage weiter aufrechtzuerhalten. Die britischen Banken verfügten über langjährige Geschäftsbeziehungen mit deutschen Instituten und vertrauten deshalb darauf, daß sie ihr Kapital zurückerhalten würden, wenn die deutsche Wirtschaft wieder besseren Zeiten entgegensah.

Der Optimismus der Banker wurde von der britischen Regierung bestärkt, weil Großbritannien grundsätzlich an der Aufrechterhaltung guter Wirtschaftsbeziehungen mit dem Deutschen Reich interessiert war.⁴⁶ Das Ziel dieser Politik war der Wunsch nach einer langfristigen Sicherung des wichtigen deutschen Absatzmarkts, der vor dem Hintergrund des sich wandelnden amerikanisch-britischen Verhältnisses gesehen werden muß. Während die wirtschaftliche Weltmacht USA vermehrt die Auslandsmärkte ins Visier nahm, konnte das Vereinigte Königreich nur noch mit großer Mühe seinem Selbstverständnis als Macht ersten Ranges gerecht werden. Der Erste Weltkrieg hatte den schon seit dem Ende des 19. Jahrhunderts einsetzenden Niedergang des *British Empire* beschleunigt und die finanzielle Abhängigkeit von den USA verstärkt. Tatsache war, „that Britain herself no longer disposed of the resources necessary to pursue great power policy, especially

⁴⁵ Die Höhe aller Kreditlinien sank von RM 4.339 Mio. auf RM 806 Mio. Die Zahlenangaben entstammen einer Tabelle über sämtliche Kreditlinien aus: ebd., S. 582.

⁴⁶ Das Ausmaß der Kooperation zwischen Regierung und City ist in der Literatur umstritten. Vgl. FORBES, S. 586f.; vgl. BERND-JÜRGEN WENDT, „Economic Appeasement“. A Crisis Strategy, in: WOLFGANG J. MOMMSEN und LOTHAR KETTENACKER (Hrsg.), *The Fascist Challenge and the Policy of Appeasement*, London 1983, S. 161 ff., und DERS., *Economic Appeasement. Handel und Finanz in der britischen Deutschlandpolitik 1933–1939*, Düsseldorf 1971, S. 157 ff.

in the case of war.“⁴⁷ Ein erneuter kriegerischer Konflikt mit Deutschland würde den Negativtrend beschleunigen und Großbritannien zu einer Macht zweiten Ranges herabsinken lassen. Solange Chamberlain an der Spitze der britischen Regierung stand, verfolgte die Regierung in Übereinstimmung mit weiten Teilen der Wirtschaft deshalb einen Schmusekurs gegenüber Deutschland. Dieser war im Land allerdings nicht unumstritten, nachdem Hitler an die Macht gekommen war. Einer der schärfsten Kritiker der britischen Appeasement-Politik war der damalige Oppositionspolitiker Winston Churchill. Mit seiner Beurteilung der nationalsozialistischen Politik lag Churchill sicher richtig. Er übersah aber die negativen wirtschaftlichen Konsequenzen, die eine Politik der Stärke gegenüber Deutschland für den Status des *British Empire* mit sich bringen würde.⁴⁸ In den ersten Jahren nach der Machtübernahme war die NS-Regierung um Wohlverhalten gegenüber Großbritannien bemüht. Insofern wurden die deutsch-britischen Handels- und Finanzbeziehungen von politischen Friktionen weitgehend freigehalten. Dies änderte sich aber nach und nach. Letztlich ließ die Politik Hitlers auch den entgegenkommendsten Briten keine Wahl mehr.⁴⁹ Das spürten sukzessive auch die englischen Banken, deren hochgesteckte Erwartungen im Lauf der nächsten Jahre zu schwinden begannen. Dennoch hielten sie am einmal eingeschlagenen Kurs mangels besserer Alternative so lange wie möglich fest:

British banks held the largest share of credit lines because they were the least inclined to write off their claims as worthless and to accept any discount. Credits were maintained in the belief that they would become good. Further, the market had not experienced any particular difficulties – Germany regularly transferred the service in sterling without interruption – which was more than could be said for other debts.⁵⁰

Weitaus schlechter als den Banken erging es den britischen Anleihegläubigern, die ab 1934 auf Zahlungen ganz oder teilweise verzichten mußten. Gerade unter den Gläubigern der Dawes- und Young-Anleihe waren zahlreiche Privatleute, die von Zahlungsunterbrechungen spürbarer betroffen wurden als Bankhäuser, deren pro-deutsche Politik in der britischen Öffentlichkeit zunehmend auf Kritik stieß.⁵¹ Mit Ausbruch des Krieges fan-

⁴⁷ Ebd., S. 170.

⁴⁸ Vgl. JOHN CHARMLEY, Churchill. Das Ende einer Legende, Berlin 1995, S. 333 ff.

⁴⁹ Vgl. CHARLES BETTELHEIM, Die deutsche Wirtschaft unter dem Nationalsozialismus, München 1974, S. 95 f., und JOACHIM RADKAU, Entscheidungsprozesse und Entscheidungsdefizite in der deutschen Außenwirtschaft 1933–1940, in: Geschichte und Gesellschaft 2 (1976), S. 44 ff.

⁵⁰ FORBES, S. 583.

⁵¹ Vgl. WENDT, Economic-Appeasement. Handel und Finanzen, S. 130 ff.

den dann nicht nur die Stillhaltevereinbarungen ein Ende, deren Abschluß sich von Jahr zu Jahr schwieriger gestaltet hatte, sondern er wurden sämtliche Schuldverhältnisse unterbrochen, die zwischen den feindlichen Staaten bestanden hatten. Die Zäsur von 1939 schuf völlig andere Verhältnisse, die zu neuen Überlegungen zwangen. Die *Bank of England* war während der Kriegsjahre bemüht, den Überblick über den wachsenden Schuldenstand zu behalten.⁵² Für die Gläubiger gab es in dieser Zeit praktisch keine Chance, an ihr Geld zu gelangen, sieht man einmal von den frühen Überlegungen zur Verwendung des deutschen Auslandsvermögens ab. Insofern konzentrierten sich alle Hoffnungen auf die Zeit danach. Der *Malkin Report* hatte schlüssig aufgezeigt, daß bei den *pre-war claims* zumindest Abstriche unvermeidbar sein würden. Man ging davon aus, daß die privaten Vorkriegsschulden in ihrer Wertigkeit hinter den Reparationsansprüchen und den Besatzungskosten rangieren würden. Zwar war das Interesse der englischen Regierung an Reparationen sicher geringer als das Interesse anderer Staaten, die Entscheidung über die Priorität von Reparationen, Besatzungskosten und Vorkriegsschulden oblag aber nicht der britischen Regierung allein. Im übrigen war sie selbst im eigenen Land umstritten. Der *Labour*-Abgeordnete Hugh Dalton vertrat in einem Schreiben an Schatzkanzler Sir John Anderson die Meinung, daß Reparationen in Form von Sachlieferungen weit aus mehr im britischen Interesse lägen als „a monetary payment for this somewhat debatable class of pre-war creditors.“⁵³ Die reservierte Haltung gegenüber den *pre-war creditors* war in politisch links stehenden Kreisen verbreitet. Sie basierte einerseits auf einem antikapitalistischen Ressentiment gegenüber den vermeintlich Besitzenden, andererseits auf dem unbegründeten Vorurteil, die Vorkriegsschulden resultierten aus Geschäften mit Nazi-Deutschland und seien deshalb moralisch anrüchig. Dieser Vorwurf traf lediglich auf einen kleinen Teil der Handelsschulden zu. Die Masse der Vorkriegsschulden (*pre-war debts*) stammte aus der Zeit vor der Machtübernahme.

Eine völlig andere Meinung als der Sozialist Dalton vertrat die *Bank of England*. Der Gouverneur der Bank erhob gegenüber dem *Treasury* die Forderung, daß „the claims of pre-war creditors should rank in front of subsequent claims by Governments on reparations or other account.“⁵⁴ Sicher hatte die Bank vor allem die Interessen der Stillhaltegläubiger im Blick, die Interessenvertretung der britischen *long- and medium-term creditors*

⁵² Bank of England to E.W. Playfair, 11. 3. 1942, PRO, T 236–1984.

⁵³ Dalton (MP) to Anderson, 13. 12. 1944, PRO, T 236–122.

⁵⁴ Cobbold (Bank of England) to Waley (Treasury), 1. 5. 1944, PRO, T 236–1985.

stieß aber mit ihrer Forderung, etwaige finanzielle Konzessionen an Deutschland nicht auf Kosten der Gläubiger zu machen, ins gleiche Horn. Zum Schutz der Gläubigeransprüche sollte der deutschen Regierung nach Auffassung der Gläubiger sofort nach Kriegsende eine Erklärung abverlangt werden, in der sie sich selbst und für alle deutschen Staatsbürger zur Aufbringung und zum Transfer sämtlicher (!) Vorkriegsschulden verpflichtete. Die vor Kriegsausbruch von Deutschland annektierten Gebiete (Sudetenland, Österreich) sollten in diese Verpflichtungserklärung einbezogen werden, nicht aber die Schulden der nach 1939 besetzten Gebiete.⁵⁵ Damit wurde ein erster Versuch zur Abgrenzung der *pre-war claims* von den während des Krieges in den besetzten Gebieten entstandenen Schulden gemacht.⁵⁶

Im Juni 1944 fand auf Einladung des *Treasury* eine erste informelle Besprechung mit Vertretern der verschiedenen Gläubigergruppen statt. Sir Waley machte einleitend darauf aufmerksam, daß die Verwendung des bei Kriegsausbruch beschlagnahmten deutschen Vermögens in Großbritannien bei der Regelung der Schuldenfrage eine Schlüsselrolle spielen könnte. „It would be realistic to assume that, at least in the immediate future, there would be nothing available for pre-war claims beyond the German assets in this country.“⁵⁷ Sir Waley schätzte die Bereitschaft der übrigen Alliierten, zugunsten der Vorkriegsschulden auf Reparationen zu verzichten, trotz der negativen Erfahrungen nach 1918 äußerst gering ein. Die anschließende Diskussion über eine potentielle Verwendung des deutschen Vermögens in Großbritannien zugunsten der Gläubiger offenbarte die unterschiedlichen Interessen zwischen den *short-term* und den *long-term creditors*. Bei letzteren handelte es sich ganz überwiegend um die Gläubiger deutscher Reichsanleihen, die ihre Hoffnung darauf setzten, daß sich die Kurse ihrer im Wert stark gefallen Papiere nach dem Krieg wieder erholen würden. Eine Minimalentschädigung aus den deutschen Vermögenswerten war für die langfristigen Gläubiger keine interessante Perspektive. Die kurzfristigen Gläubiger hofften dagegen mehrheitlich auf die Möglichkeit, ihre Schulden vom britischen Staat aus dem Erlös der deutschen *assets* abgelten zu lassen, auch wenn dies mit beträchtlichen Abschlägen verbunden sein würde. Bei der potentiellen Verteilung von Geldern zurückstehen wollten die Anleihegläu-

⁵⁵ Committee of British Long Term and Medium Term Creditors of Germany (Lever, Chairman) to The Secretary of the Treasury, 21. 3. 1944, PRO, T 236–1985.

⁵⁶ Die Schwierigkeit der Abgrenzung wurde im Treasury bereits frühzeitig als Problem erkannt. Vermerk Playfair: Pre-war claims against Germany, 14. 8. 1944, PRO, T 236–1985.

⁵⁷ Note of a meeting at the Treasury, 6th June, 1944 to discuss the treatment of U.K. Pre-war claims against Germany, PRO, T 236–1985.

biger aber auf keinen Fall. Ein einheitliches Meinungsbild kam somit nicht zustande. Gemeinsam war allen Gläubigergruppen lediglich das Bestreben, ihre Rechtsansprüche solange aufrecht zu erhalten, bis die Zeit für eine akzeptable Schuldenregelung reif sein würde.

Die Frage der *pre-war claims* wurde auf der Basis der knappen Empfehlungen des *Malkin Report* seit dem Sommer 1944 in den zuständigen Ministerien wieder verstärkt diskutiert. Da mit den Russen und den Amerikanern in Kürze Gespräche darüber bevorstanden, in welcher Form und in welchem Umfang Deutschland Reparationen auferlegt werden sollten, mußte sich die britische Regierung auch über die Ziele klar werden, die sie in der Schuldenfrage auf internationaler Ebene verfolgen wollte. „We must formulate our policy“, forderte das *Treasury*, das mehr als die übrigen mit der Nachkriegsplanung befaßten Ministerien für die Belange der *pre-war creditors* eintrat und sich gleichsam als deren Treuhänder verstand.⁵⁸ Im Vordergrund stand dabei das Bemühen, die Ansprüche der britischen *pre-war creditors* über das Kriegsende hinaus juristisch am Leben zu erhalten. Die Frage, wann und in welchem Umfang mit Zahlungen faktisch zu rechnen sein würde, war erst einmal zweitrangig. Vor dem Hintergrund der internationalen Interessenlage war die Sicherung des *status quo ante* bereits schwierig genug.

Viele Staaten, allen voran die Sowjetunion, hatten an den Vorkriegsschulden wenig oder kein Interesse. Selbst die Vereinigten Staaten als die mit Abstand größte Gläubigernation räumten den *pre-war debts* keine Priorität ein. Ungeachtet aller äußeren Widerstände kam für die Briten ein völliger Verzicht auf die Vorkriegsansprüche jedoch grundsätzlich nicht in Frage. In einem Strategiepapier des *Treasury* hieß es:

We do not consider that any solution which involves the writing off of British contractual claims on Germany should be adopted. Our aim should be to get for British creditors as large a dividend as we can on the debts already outstanding, to restore to British owners their securities and other property, and to help them to get as large a proportion as possible of the service of their investments.⁵⁹

Der Dawes- und der Young-Anleihe sowie den Stillhaltevereinbarungen wurde sogar eine Sonderrolle zugesprochen, denn diese seien „investments either made or allowed to remain in Germany at the encouragement of H.M. Government, and we have a certain responsibility towards the creditors.“⁶⁰

⁵⁸ Playfair to Sir Wilfrid Eady, 30. 8. 1944, PRO, T 236–1985.

⁵⁹ Draft: Pre-war claims on Germany, 10. 8. 1944, PRO, T 236–122.

⁶⁰ Ebd.

Die hier konstatierte besondere Verantwortlichkeit der britischen Regierung für die Belange eines Teils der Vorkriegsgläubiger wurde von anderen Ministerien in dieser Form nicht geteilt. Zwar waren die Banken seinerzeit zu einer pro-deutschen Haltung ermuntert worden, die Kontrakte waren aber von den britischen Banken aus freiem Entschluß abgeschlossen worden, und eine förmliche Garantie seitens der Regierung hatte es nicht gegeben.⁶¹ Trotzdem wurde das Argument einer historisch begründeten, besonderen Verpflichtung der britischen Regierung von den Gläubigern in der Folgezeit immer wieder ins Feld geführt. Die Formulierung einer klaren britischen Position in der Schuldenfrage gestaltete sich schwieriger als zunächst erwartet, denn zwischen den beteiligten Ministerien und Institutionen gab es unterschiedliche Auffassungen über die Bedeutung der Schuldenfrage. Den radikalsten Standpunkt vertrat – abgesehen von den direkt Betroffenen – die *Bank of England*, die eine absolute Priorität der *pre-war debts* vor allen übrigen Forderungen verlangte. Auch die Beamten des *Treasury*, die stets um eine gemeinsame Haltung mit der *Bank* bemüht waren, räumten mehrheitlich den Interessen der Gläubiger Priorität ein, sie verschlossen sich jedoch nicht der Einsicht, daß eine kompromißlose Haltung in dieser Frage international nicht durchsetzbar war:

But, if it is clearly in our interests to press for an absolute priority for pre-war debts over reparations, it is equally clear that it is against the interests of many Allies. The moral claim for reparation will be pressed, and is difficult to measure against contractual rights. [...] To sum up, we feel no doubt that our national interest is to get the best possible treatment for our pre-war claims, and that we are fully justified in pressing for a high priority for them.⁶²

Aus taktischen Gründen war es aber nötig, die Schuldenfrage auf interalliiierter Ebene nicht allzu sehr in den Vordergrund zu spielen. Die juristische Sicherung der Vorkriegsansprüche und die Hoffnung auf eine möglichst schnelle Wiederaufnahme der Zahlungen nach dem Ende des Krieges; mehr konnten die Briten realistischerweise vorläufig nicht erwarten, da ihre wichtigsten Verbündeten andere Ziele verfolgten.⁶³ Die Sowjets waren ausschließlich auf Reparationen aus, und selbst die Vereinigten Staaten ordneten die Schuldenfrage, ungeachtet ihrer eigenen materiellen Interessen, politischen Opportunitäten unter. Diese Haltung geht aus einem amerikanischen Memorandum hervor, das im Sommer 1944 vom *Executive Commit-*

⁶¹ Waley to Playfair, 21. 10. 1944, PRO, T 236–1986.

⁶² Draft: Pre-war claims on Germany, PRO, T 236–122.

⁶³ Treasury to Sir Edward Hodgson, Board of Trade (Copies to H.S. Gregory (T.W.E.D.), Coulson (Foreign Office) and Turner (E.I.P.S.)), October 1944, PRO, T 236–1986.

tee on Foreign Economic Policy vorgelegt wurde. Darin wurde zwar das starke Interesse der Vereinigten Staaten an den *pre-war debts* festgestellt und auch grundsätzlich die Verpflichtung der US-Regierung anerkannt, den amerikanischen Vorkriegsgläubigern zur Seite zu stehen, ohne jedoch konkrete Maßnahmen daraus abzuleiten. Das Memorandum endete sogar mit einem klaren Votum zugunsten von Reparationen: „It is recommended, however, in view of the urgent need of reparation for reconstruction purposes, that pre-war debts and claims receive a priority *below* that of reparation.“⁶⁴

Ein Jahr zuvor hatte sich Jacob Viner, ein einflußreicher Berater von US-Finanzminister Henry Morgenthau, in einem Artikel der Zeitschrift *Foreign Affairs* mit der Verflechtung von Reparationen und Vorkriegsschulden auseinandergesetzt. Er war dabei zu anderen Prioritäten gelangt. Außer Zweifel stand für ihn, daß Deutschland wegen seiner Kriegsverbrechen moralisch zu jeder Art von Reparationen verpflichtet werden konnte. Fraglich war aber, ob diese nicht den langfristigen ökonomischen und politischen Interessen gerade der Völker entgegenstanden, die Opfer des Nationalsozialismus geworden waren. Seine These basierte auf den negativen Erfahrungen, die nach dem Ersten Weltkrieg mit Reparationszahlungen gemacht worden waren. Es gab gute Gründe, am Segen von Reparationsleistungen für die Empfängerländer zu zweifeln. Nur für die Sowjetunion galt diese Einschätzung nicht, da sie systembedingt praktisch unbegrenzt Reparationen absorbieren konnte.⁶⁵ Viner sah nur zwei Möglichkeiten für ein „real payment of reparations“: entweder die Inanspruchnahme des deutschen Auslandsvermögens zu Reparationszwecken oder die Nutzung von deutschen Exportüberschüssen, wobei die Gefahr bestand, daß ein gezwungenermaßen extrem exportorientiertes Nachkriegsdeutschland bei der Eroberung von Absatzmärkten mit den Handelsinteressen anderer Industriestaaten kollidieren könnte. Die von Deutschland nach dem letzten Krieg gewählte Möglichkeit, das Geld für Reparationen weitgehend über den internationalen Kapitalmarkt zu beschaffen, bestand diesmal aus zwei Gründen nicht: Zum einen war Deutschland als Schuldernation völlig diskreditiert, zum anderen bedurfte der Kapitalmarkt selbst einer Reorganisation. Im Gegensatz zum oben angeführten Memorandum schlug Viner jedoch vor, das deutsche Auslandsvermögen, das selbst unter Einbeziehung von Patenten,

⁶⁴ ECEFP D-37/44 Memorandum by the Executive Committee on Foreign Economic Policy, IV. Résumé of recommendations with respect to subjects closely related to reparation, (Washington) August 12, 1944, in: FRUS, 1944 I (General), S. 297.

⁶⁵ Vgl. JACOB VINER, German Reparations once more, in: *Foreign Affairs. An American Quarterly Review* 21 (1943), S. 659–673. Der Artikel war sicher nicht ohne Einfluß auf die Haltung maßgeblicher Regierungskreise.

Aktienpaketen und Firmenanteilen als „of modest proportions“ einzuschätzen war, nicht für Reparationszwecke zu verwenden, sondern den Vorkriegsgläubigern zur Verfügung zu stellen. Allerdings würden die deutschen Vermögenswerte bei weitem nicht zur Befriedigung aller Gläubigeransprüche aus der Vorkriegszeit gegenüber dem Deutschen Reich oder gegenüber deutschen Geschäftsleuten reichen. Viner vertrat die Auffassung, daß „these private claims should probably be given *priority over reparation claims*.“⁶⁶ Obwohl Viner das amerikanische Interesse an Reparationen nicht sehr hoch veranschlagte und er empfahl, den *pre-war claims* eine gewisse Priorität einzuräumen, sah er hellsichtig große interalliierte Meinungsunterschiede in der Reparationsfrage voraus. Neben der Sowjetunion und Frankreich waren auch kleinere Länder wie die Niederlande, die durch die deutsche Besatzung schwere finanzielle Verluste erlitten hatten, sehr an Entschädigungsleistungen interessiert.⁶⁷

Der in *Foreign Affairs* publizierte Artikel von Jacob Viner wurde in Washingtoner Regierungskreisen mit Interesse zu Kenntnis genommen. Eine den Arbeiten des *Malkin Committee* vergleichbare, systematische und ressortübergreifende Analyse der Reparationsfrage und der eng damit verknüpften Schuldenfrage gab es in den USA während des Krieges nicht.⁶⁸ Die Divergenzen innerhalb der amerikanischen Exekutive waren beträchtlich, da sich zwei rivalisierende Strömungen in der Deutschlandpolitik gegenüberstanden. Die maßgeblich vom *State Department* und vom *Department of Commerce* geprägte Richtung trat für einen raschen wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas unter Einschluß Deutschlands als Voraussetzung für eine Reorganisation der internationalen Wirtschafts- und Finanzordnung ein, während die vom *US-Treasury* getragene „Morgenthau-Linie“ auf ein vollständiges Niederhalten Deutschlands ausgerichtet war.⁶⁹ Die Morgenthau-Konzeption sprach den Siegerstaaten jedes moralische Recht

⁶⁶ Ebd., S. 661.

⁶⁷ Vgl. GERHARD HIRSCHFELD, *Fremdherrschaft und Kollaboration. Die Niederlande unter deutscher Besatzung 1940–1945*, Stuttgart 1984, S. 126 ff.

⁶⁸ Vgl. FRIEDRICH JERCHOW, *Import Financing and the Establishment of a Foreign Exchange Rate as Origins and Means of West Germany's Integration into the World Economy after the Second World War*, in: ECKEHARD KRIPPENDORFF (Hrsg.), *The Role of the United States in the Reconstruction of Italy and West Germany 1943–1949*, Papers presented at a German-Italian Colloquium at the John F. Kennedy-Institut für Nordamerikastudien, Berlin, June 1980, Berlin 1981, S. 56–78.

⁶⁹ Vgl. OTTO NÜBEL, *Die Amerikanische Reparationspolitik gegenüber Deutschland 1941–1945*, Frankfurt a. M. 1980, S. 2ff.; vgl. WILFRIED MAUSBACH, *Zwischen Morgenthau und Marshall. Das wirtschaftspolitische Deutschlandkonzept der USA 1944–1947*, Düsseldorf 1996, S. 26 ff.

zu, sich an Deutschland schadlos zu halten, verweigerte aber gleichzeitig die dazu nötige Wiederherstellung der industriellen Basis. Die alternative Konzeption des *State Department* wollte Reparationen nur in einem sehr eingeschränkten Umfang zulassen, damit die Erholung der deutschen Volkswirtschaft unter keinen Umständen gefährdet würde. Die Konzeptionen des *State Department* zur Gestaltung der künftigen Deutschlandpolitik waren ähnlich wie die Überlegungen der Londoner Ministerien weniger von moralischem Rigorismus als von einer pragmatisch-realistischen Sichtweise geprägt. International stieß diese nüchterne Haltung jedoch vielfach auf Ablehnung. Es war menschlich verständlich, daß die Sieger über Hitlerdeutschland nach finanzieller Entschädigung verlangten. Kenner der Materie hatten aber längst erkannt, daß die Schuldenproblematik nach dem Ersten Weltkrieg den Weg in die wirtschaftliche Depression geebnet hatte. Der daraus resultierende Abzug des Dollarkapitals aus Europa hatte massiv zum Zusammenbruch der internationalen Handels- und Finanzbeziehungen beigetragen. Die USA befanden sich praktisch gegenüber der gesamten Welt in einer übermächtigen Gläubigerposition. Die Überwindung des chronischen Dollardefizits in Europa war nach dem Krieg eine vordringliche Aufgabe, die sowohl im wirtschaftlichen Interesse Europas als auch der USA lag.⁷⁰ Diese Einsicht über den Kreis von Finanzexperten hinaus in den USA zu vermitteln, war aber keine leichte Aufgabe. Die meisten Senatoren und Abgeordneten richteten dem Wunsch ihrer Wähler folgend den Blick nach innen und vereitelten sinnvolle außenpolitische Programme.⁷¹ So bereitete die parlamentarische Billigung des *Lend-Lease-Agreement* mit Großbritannien während des Krieges nicht unerhebliche Schwierigkeiten.⁷² Erschwerend trat hinzu, daß die Morgenthau-Richtung seit Sommer 1944 zunehmend Einfluß auf den von schwerer Krankheit gezeichneten Präsidenten Roosevelt gewann. Der mit dem Namen Morgenthau verbundene Mythos übersteigt zwar bei weitem dessen tatsächliche politische Wirksamkeit, der Einfluß von Morgenthau führte aber zu einem Blockieren der bis 1944 schon recht weit gediehenen Nachkriegsplanungen. Erst 1946 trat unter Präsident Truman wieder eine Wende zugunsten der politischen Richtung ein, die schließlich den Marshall-Plan auf den Weg brachte. Dabei konnte auf zahlreiche Vorarbeiten zurückgegriffen werden, die bereits in früheren

⁷⁰ Vgl. ROBERT TRIFFIN, *Europe and the Money Muddle. From Bilateralism to Near-Convertibility, 1947–1956*, London 1957, S. 2ff.

⁷¹ Vgl. PENROSE, S. 37ff.

⁷² Vgl. GARDNER, S. 171ff.

Jahren im *State Department* und anderen Ministerien geleistet worden waren.

Die Frage der Vorkriegsschulden spielte während des Krieges in den Planungen amerikanischer Regierungsstellen nur eine untergeordnete Rolle. Nach amerikanischem Verständnis war dies auch primär eine Angelegenheit der betroffenen *pre-war creditors* und ihrer Organisationen, die nach Kräften Lobbyismus betrieben und die zuständigen Regierungsstellen über relevante Entwicklungen in der Schuldenfrage auf dem laufenden hielten.⁷³ So war das *State Department* frühzeitig über Bestrebungen der Reichsregierung informiert, deutsche Anleihen über Mittelsmänner auf dem US-Markt zurückzukaufen.⁷⁴ Ein Mann namens Wolfgang von Gibara kaufte im Auftrag der Deutschen Golddiskontbank, einer Tochter der Reichsbank, in den USA deutsche Wertpapiere auf, deren Kurse infolge der miserablen deutschen Zahlungsmoral stark gefallen waren. Darunter befanden sich auch zahlreiche Wertpapiere aus ursprünglich britischem Besitz, die über spezielle Kanäle in die Vereinigten Staaten gelangt waren.⁷⁵ Auch trachteten einige britische Banken danach, ihre *standstill debts* in Amerika gegen Dollar loszuschlagen, weil nach dem Beginn des Krieges direkte deutsch-britische *deals* in England gesetzlich verboten waren. Zahlreiche jüdische Emigranten, denen es gelungen war, Wertpapiere aus Deutschland herauszubekommen, waren aus Geldnot ebenfalls an deren Verkauf interessiert. Von deutscher Seite war man sehr darauf bedacht, die *repatriation of bonds* als eine völlig normale Finanztransaktion darzustellen. Der Rückkauf von im Kurs gefallen Wertpapieren zwecks vorzeitiger Entwertung – ein Verfahren, das von deutscher Seite vor Kriegsbeginn auch in Großbritannien und anderen Ländern angewandt worden war – war rein juristisch betrachtet völlig legal. Moralisch zumindest zweifelhaft war aber die Tatsache, daß Deutschland aus seinem eigenen Fehlverhalten – dem hausgemachten Zahlungsverzug (*default*) – Kapital zu schlagen versuchte. Statt die vorhandenen Devisen zur Bedienung der Anleihen zu verwenden, wurden diese zum Rückkauf der notleidend gewordenen Anleihen verwendet. Viele Gläubiger waren aber angesichts der ungewissen Zukunftsaussichten dennoch gewillt, ihre Papiere für wenig Geld abzustoßen. „Of course if Germany wins the

⁷³ Zahlreiche Eingaben betr. *pre-war claims* aus den Jahren 1940–45 finden sich in: NA, RG 59–5607.

⁷⁴ Department of State, A.A. Berle Jr. (Ass. Secretary) to Welles (The Secretary), 28. 11. 1940, NA, RG 59–5608.

⁷⁵ Department of State, Advisor on International Affairs, Memorandum of Conversation: Activities of Wolfgang von Gibara in German Financial Transactions in the United States, 19. 2. 1941, NA, RG 59–5608.

war, holders will have a very good thing; if Germany loses, the securities will be worth nothing“, hieß es in einer Notiz des *State Department* von 1941.⁷⁶ Die Einschätzung ist interessant, weil man im *State Department* einerseits offenbar von der Annahme ausging, daß ein siegreiches Deutschland seine Vorkriegsschulden anstandslos begleichen würde, obwohl ein beträchtlicher Teil davon – die Schulden aus der Dawes- und Young-Anleihe – mittelbar aus dem verhaßten Versailler Vertrag resultierten, während andererseits im Fall einer deutschen Niederlage von einem Totalverlust der Vorkriegsansprüche ausgegangen wurde. Die Kurse deutscher Dollaranleihen waren bis 1939 auf knapp ein Viertel ihres Nennwerts gesunken, stabilisierten sich dann wieder ein wenig durch die Rückkaufaktionen des Deutschen Reichs. Nach dem Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg wurde der Handel deutscher Wertpapiere an amerikanischen Börsen ausgesetzt. Der Wert der Papiere sank daraufhin praktisch auf Null. Für die amerikanischen Besitzer deutscher Wertpapiere gab es allerdings die Möglichkeit, ihre Verluste steuerlich geltend zu machen.

Anleihen des Deutschen Reichs waren in den USA breit gestreut.⁷⁷ Die Dawes-Anleihe von 1924 und mit Abstrichen auch die Young-Anleihe von 1930 hatten wegen ihrer guten Verzinsung und ihrer vermeintlich großen Sicherheit⁷⁸ bei amerikanischen Anlegern eine gute Aufnahme gefunden. Beide Anleihen standen in einem direkten Zusammenhang zur Reparationsregelung nach dem Ersten Weltkrieg. Auf der Londoner Reparationskonferenz von 1921 war dem Deutschen Reich eine Gesamtschuld von 132 Milliarden GM auferlegt worden, die bis zur Tilgung in Jahresraten von 2 Milliarden GM plus eines Viertels des Wertes der deutschen Ausfuhr beglichen werden sollte. Die Aufbringung derartiger Summen erwies sich schon bald als unmöglich. Als dann infolge der Ruhrbesetzung die bereits inflationsgeschwächte deutsche Währung völlig zusammenbrach,⁷⁹ wurde auf Antrag der Reichsregierung gemäß Artikel 234 des Versailler Vertrags im Novem-

⁷⁶ Department of State (Office of The Adviser of International Economic Affairs), Memorandum of Conversation: Activities of W. v. Gibara & Co. in repatriation of German securities, 20. 5. 1941, NA, RG 59-5608.

⁷⁷ Vgl. WALTHER SKAUPY, Deutsche Dollarbonds in den Vereinigten Staaten, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen 8 (1955), S. 98–102. Posten einer Anleihe von mehr als \$ 25 000 in einer Hand waren selten, solche über \$ 100 000 gab es in 104 Fällen, über \$ 300 000 in 14 Fällen, ein Posten von \$ 847 000 war im Besitz einer Bank.

⁷⁸ Der Anleihendienst hatte Priorität gegenüber allen sonstigen Zahlungen aus dem Dawes-Plan, die Pfänder für die Anleihe waren besonders geschützt.

⁷⁹ Vgl. PETER CZADA, Ursachen und Folgen der großen Inflation, in: HARALD WINKEL (Hrsg.), Finanz- und wirtschaftspolitische Fragen der Zwischenkriegszeit, Berlin 1973, S. 17 ff.

ber 1923 eine Sachverständigenkommissionen eingesetzt, die unter der Leitung des Amerikaners Charles G. Dawes stand. Ihre Aufgabe war die Prüfung der deutschen Währungs- und Haushaltslage unter Einschluß der Reparationsproblematik. Das Ergebnis war der sogenannte *Dawes-Plan*, der zwar keine Absenkung der gesamten Reparationsschuld von 132 Milliarden GM vorsah, wohl aber eine Verringerung der Annuitäten. Wichtig war auch die Trennung zwischen der Aufbringung der Jahresraten in Reichsmark und deren Transfer ins Ausland. Die Reichsregierung hatte ihre Pflicht erfüllt, wenn das Geld in deutscher Währung auf dem Konto des Reparationsagenten Parker Gilbert eingegangen war. Für den Transfer ins Ausland, der die Stabilität der deutschen Währung nicht gefährden durfte, waren der Reparationsagent und ein Transferkomitee zuständig. Nach einer Übergangsfrist von vier Jahren sollten die jährlichen Zahlungen 2,5 Milliarden GM betragen, die allerdings an einen *Wohlstandsindex* gekoppelt waren, der weitere Erhöhungen der Annuität in der Zukunft nicht ausschloß. Die Aufbringung sollte zur Hälfte aus dem Reichshaushalt und zur Hälfte aus dem Verkehrsteueraufkommen sowie aus Zinszahlungen auf Obligationen bestritten werden, die der Reichsbahn (11 Mrd.) und der Industrie (5 Mrd.) auferlegt wurden.

Da der Reichshaushalt 1924, dem ersten Jahr der Dawes-Periode, von Zahlungen befreit war, sollten die Mittel für Reparationszahlungen über eine Auslandsanleihe aufgebracht werden.⁸⁰ Bereits am 10. Oktober 1924 wurde die Dawes-Anleihe in parallelen Ländertranchen in den USA, Großbritannien, Frankreich, der Schweiz und einigen kleineren Ländern emittiert. Über die Hälfte des Gesamtaufkommens von 800 Millionen Goldmark konnte in den Vereinigten Staaten platziert werden.⁸¹ Die Investmentbank *J. P. Morgan* fungierte nach anfänglichem Zögern als einer der wichtigsten Geldgeber und übernahm einen Anteil von \$ 110 Millionen. Die wachsende Abhängigkeit Deutschlands vom US-Kapitalmarkt nahm hier ihren Anfang, weil der Erfolg der Dawes-Anleihe den Kapitalexport nach Deutschland verstärkte.⁸² Der Dawes-Plan als solcher war dagegen weniger

⁸⁰ Vgl. STUCKEN, S. 250 ff.

⁸¹ Die Dawes-Anleihe erbrachte 801 Mio. Goldmark: USA (401 Mio.), Großbritannien (193 Mio.), Frankreich und Schweiz (je 48 Mio.), Niederlande (41 Mio.), Belgien und Schweden (je 24 Mio.), Italien (16 Mio.) und Deutschland (6 Mio.). Die Anleihe hatte eine Laufzeit von 25 Jahren mit Fälligkeit im Oktober 1949 zum Nennwert, in den USA zu 105%. Die Verzinsung betrug 7% p.a. Angaben aus HARDACH, Weltmarktorientierung, S. 46; vgl. HANS RONDE, Von Versailles bis Lausanne. Der Verlauf der Reparationsverhandlungen nach dem ersten Weltkrieg, Stuttgart 1950, S. 105 ff.

⁸² Vgl. JON JACOBSON, The Reparation Settlement of 1924, in: GERALD D. FELDMAN et al. (Hrsg.), Konsequenzen der Inflation, Berlin 1989, S. 90 ff.

erfolgreich, da sein Gelingen von einer aktiven deutschen Handelsbilanz abhing. De facto wurden die Annuitäten nicht aus Exportüberschüssen finanziert, sondern durch die Hereinnahme von Auslandsgeldern. Obwohl die Annuitäten im Verlauf der nächsten fünf Jahre voll entrichtet wurden, war keine Seite mit den Regelungen des Dawes-Plans wirklich zufrieden. Es gab für Schuldner und Gläubiger zu viele Unsicherheitsfaktoren. Von deutscher Seite wurde das Fehlen fester Laufzeiten sowie die prinzipiell mögliche Erhöhung der Annuitäten über den *Wohlstandsindex* als nachteilig empfunden. Die Empfängerländer, allen voran Frankreich, befürchteten dagegen, in wirtschaftlichen Krisenzeiten auf Grund der *Transferschutzklausel* Einbußen hinnehmen zu müssen.

Der Eingang regelmäßiger Reparationszahlungen war für die meisten europäischen Staaten unverzichtbar, weil sie mit diesen Einnahmen ihre beträchtlichen Kriegsschulden bei den Vereinigten Staaten abzahlten. Seit Jahren versuchten die Europäer vergeblich, den Amerikanern die unheilvolle Interdependenz zwischen Reparationen und Kriegsschulden nahezubringen, um sie dadurch zum Verzicht zumindest auf einen Teil ihrer Außenstände zu bewegen. Aus innenpolitischen Gründen sah sich die US-Regierung jedoch nicht in der Lage, ihre internationale Verantwortung zur Kenntnis zu nehmen. Bevor die Anlaufphase des Dawes-Plans abgeschlossen war, geriet die Reparationsfrage schon wieder auf die politische Tagesordnung, weil die französische Regierung die Räumung des Rheinlands von einer definitiven Regelung der Reparationsfrage abhängig machte.

Im Februar 1929 trat in Paris eine internationale Sachverständigenkonferenz unter Vorsitz des einflußreichen amerikanischen Bankers Owen D. Young zusammen. Die deutsche Delegation stand unter der Leitung von Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht, dessen Verhandlungsstrategie in Paris vollkommen scheiterte.⁸³ Die von Deutschland erhofften spürbaren Zahlungserleichterungen blieben wegen der unnachgiebigen Haltung der US-Regierung in der Kriegsschuldenfrage aus. Solange die USA in diesem Punkt zu keinen Konzessionen bereit waren, mußten die europäischen Staaten auf ihren Reparationen bestehen. Die Deckung der Kriegsschulden war für sie praktisch die Mindestgrenze zur Bemessung von Reparationsforderungen. Frankreich verlangte zusätzlich allerdings noch eine nennens-

⁸³ Vgl. JOHANNES HOUWINK TEN CATE, Hjalmar Schacht als Reparationspolitiker (1926–1930), in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 74 (1987), S. 193 ff.; MARTIN VOGT, Die Entstehung des Youngplans, dargestellt vom Reichsarchiv 1931–1933, Boppard am Rhein 1970, S. 33 ff.; ECKHARD WANDEL, Hans Schäffer. Steuermann in wirtschaftlichen und politischen Krisen, Stuttgart 1974, S. 106 ff.

werte „indemnité nette“.⁸⁴ Es ließ sich deshalb schon im voraus leicht errechnen, daß die durchschnittliche Annuität bei rund zwei Milliarden RM liegen mußte, wobei die Mittel für die Bedienung der Dawes-Anleihe noch hinzuzurechnen waren. Nach schwierigen, mehr von politischen als von wirtschaftlichen Erwägungen geleiteten Verhandlungen, einigte sich die Sachverständigenkommission Anfang Juni auf den Young-Plan. Dieser sah vor, daß das Deutsche Reich ab 1930/31 in einer ersten Phase über einen Zeitraum von 36 Jahren Annuitäten aufzubringen hatte, die sukzessive von RM 1,7 auf RM 2,4 Milliarden ansteigen sollten. Ab 1966 /7 sollten in einer zweiten Phase über einen Zeitraum von weiteren 22 Jahren Annuitäten in Höhe von RM 1,6 bis RM 1,7 Milliarden gezahlt werden. Ein Teil der jährlichen Zahlungen in einer Höhe von RM 660 Millionen war als *ungeschützte Annuität* unter allen Umständen vom Reich aufzubringen und in Devisen zu transferieren. Nur der Rest, die *geschützte Annuität*, sollte im Fall einer schweren wirtschaftlichen Krise gestundet werden können. In einem Sondermemorandum wurde für den Fall eines Schuldenerlasses der USA zwar eine deutliche Absenkung der Annuitäten vereinbart, zum damaligen Zeitpunkt war dies aber nur eine theoretische Perspektive.

Die Vorteile des Young-Plans gegenüber dem Dawes-Plan waren fast ausschließlich politischer Natur. Reichsaußenminister Stresemann trat deshalb sehr für die Annahme des Young-Plans ein. Neben dem Abzug fremder Truppen aus Deutschland bestanden die Vorteile vor allem in der Beseitigung ausländischer Kontrollorgane (z. B. Reparationsagent, Transferkomitee) sowie in der Löschung von Zwangsobligationen auf Industrie und Reichsbahn. Dafür oblag der Reichsregierung von nun an die alleinige Verantwortung für die Aufbringung *und* den Transfer der Annuitäten. Bisher war der Reparationsagent für den Transfer zuständig. Für die künftig aufzubringende ungeschützte Annuität gab es überhaupt keinen Transferschutz. Den Platz des Reparationsagenten nahm in der Zukunft die neugegründete *Bank for International Settlement/Bank für Internationalen Zahlungsausgleich* (BIS/BIZ) mit Sitz in Basel ein.⁸⁵ Wirtschaftlich von Vorteil war beim Young-Plan lediglich die kurzzeitige Senkung der Annuitäten, längerfristig stellte die Regelung gegenüber dem Dawes-Plan jedoch eine Verschlechterung dar. Der Young-Plan verfügte zwar über feste Laufzeiten für die Reparationszahlungen, diese sollten sich aber auf einen generationenübergreifen-

⁸⁴ Vgl. STUCKEN, S. 273 f.

⁸⁵ Vgl. GIAN TREPP, Bankgeschäfte mit dem Feind. Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich im Zweiten Weltkrieg. Von Hitlers Europabank zum Instrument des Marshallplans, Zürich 1993, S. 11 ff.

den Zeitraum von fast sechzig (!) Jahren erstrecken. Der Young-Plan wurde von der politischen Rechten in Deutschland entschieden bekämpft. Die innerdeutsche Auseinandersetzung um den Young-Plan trug entschieden zum Anwachsen antidemokratischer Stimmungen in weiten Teilen der deutschen Bevölkerung bei und begünstigte somit den Niedergang der Weimarer Republik.⁸⁶

Ähnlich wie beim Dawes-Plan war auch beim Young-Plan zur Anschubfinanzierung eine internationale Anleihe des Deutschen Reichs vorgesehen, die einen Erlös von \$ 300 Millionen erzielen sollte. Wegen der Verschlechterung der internationalen Kapitalmarktsituation verstrichen bis zur Emittierung der Young-Anleihe im Juni 1930 mehrere Monate, während dies bei der Dawes-Anleihe nur ein paar Wochen gedauert hatte.⁸⁷ Die Zins- und Tilgungszahlungen waren an die BIZ zu entrichten. Wie bei der Dawes-Anleihe wurden auch diesmal die mit Abstand meisten Anteilscheine in den Vereinigten Staaten plazierte. Die Inhaber von Young-*bonds* in den USA erhielten ihre Zinsen nur über einen sehr kurzen Zeitraum, denn bereits 1934 wurden die Reichsanleihen notleidend. Die nationalsozialistische Reichsregierung stellte ungeachtet aller juristischen Verpflichtungen den Zinsendienst beider Anleihen für fast alle Tranchen ein. Ausnahmen wurden nur für die Tranchen neutraler Staaten gemacht. Die Dawes- und die Young-Anleihen standen bei den Nazis in einem besonders schlechten Ruf, weil durch sie ein Teil der Reparationslasten kommerzialisiert worden war. Mit der Kommerzialisierung erfolgte auch eine Privatisierung. Die Gläubiger der Anleihen waren private oder institutionelle Anleger. Durch diesen Umstand blieb dieser Teil der ursprünglichen Reparationsschuld auch nach der Konferenz von Lausanne weiter als Reichsschuld bestehen. Die im internationalen Vergleich mit Abstand größte Gläubigergruppe lebte in den USA.

Die Einstellung des Zinsendienstes für Auslandsanleihen des Deutschen Reichs hatte in den 30er Jahren zu den bereits erwähnten drastischen Kursverlusten und den daraus resultierenden Rückkaufaktionen geführt. Die amerikanischen Regierungsstellen waren zumindest vor dem Eintritt der

⁸⁶ Vgl. FRITZ NEUMARK, Vom Dawes-Gutachten zum Young-Plan, in: *Bankwissenschaft* 6 (1929/30), S. 302–314; WANDEL, S. 106 ff.; GERD MEYER, Die Reparationspolitik. Ihre außen- und innenpolitischen Rückwirkungen, in: KARL D. BRACHER et al. (Hrsg.), *Die Weimarer Republik 1918–1933. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, Bonn 1987, S. 340 f.

⁸⁷ Um \$ 300 Mio. zu Erlösen mußte der Nennwert der Anleihe auf \$ 352 Mio. festgesetzt werden. Sie wurde in neun Tranchen aufgelegt zu einem Emissionskurs von 90% (außer in Frankreich 98,5%). Die Laufzeit betrug 35 Jahre bei einer Verzinsung von nominell 5,5%. Der Reinerlös lag bei 1,26 Mrd. RM. Angaben aus: ABS, *Entscheidungen*, S. 20 f.

USA in den Krieg geneigt, die Ankäufe als reine Privatgeschäfte anzusehen und stillschweigend zu dulden, sofern sie ohne *big noise* vonstatten gingen. In Großbritannien hatte das Bekanntwerden solcher Finanztransaktionen zu einem öffentlichen Eklat geführt. Ähnliche Vorfälle sollten in den USA vermieden werden. Auch in den Vereinigten Staaten gab es einflußreiche Kreise, die Geschäfte mit Nazi-Deutschland für moralisch verwerflich erachteten.⁸⁸ Auf der anderen Seite rieten amerikanische Finanzzeiungen durchaus zum Abstoßen deutscher Papiere, solange dies noch möglich war, weil deren Zukunftsperspektiven überaus ungewiß waren. Die Verkaufsempfehlung erstreckte sich nicht nur auf die Reichsanleihen, sondern galt auch für alle *corporate and municipal bonds*. Denn wie auch immer der Krieg ausgehen würde, „a complete readjustment of the entire financial and debt structure in the post-war period appears inevitable.“⁸⁹ Nach dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten geriet die Frage der Vorkriegsschulden erst einmal in den Hintergrund, weil der Handel dieser Papiere ausgesetzt wurde. Erst gegen Ende des Krieges trat das Problem im Zusammenhang mit der Diskussion der Reparationsfrage wieder stärker in den Blickpunkt.

Im Dezember 1944 wandte sich der Treuhänder für die amerikanische Tranche der Dawes-Anleihe mit einem Schreiben an den amerikanischen Außenminister, in dem nach einer ausführlichen Darstellung der Entstehungsgeschichte der Dawes-Anleihe die Forderung erhoben wurde, daß künftige Reparationsregelungen die Rechte der Dawes-Gläubiger nicht tangieren dürften. Komme, was da wolle, „it is a pre-eminent obligation that as a condition precedent to any such alteration this Loan should be repaid in full, with arrears of interest.“⁹⁰ Auch andere Gläubigerorganisationen richteten vergleichbare Eingaben an die Regierung. Die BIZ als Treuhänder der Young-Anleihe wandte sich unmittelbar vor Kriegsende mit der Bitte an die Regierungen mehrerer Staaten, „to watch over the interests of the bondholders.“⁹¹ Auch in diesem Schreiben diente ein langer historischer Exkurs dazu, die besonderen Ansprüche der Young-Gläubiger zu begründen. Alle

⁸⁸ Department of State, Office of The Adviser of International Economic Affairs, Memorandum of Conversation: Activities of W. v. Gibara & Co. In repatriation of German securities, NA, RG 59–5608.

⁸⁹ Bond Outlook: German Dollar Bonds, 12. 10. 1940, NA, RG 59–5608.

⁹⁰ The Trustees for the German External Loan 1924 (Nelson Dean Jay) to The Secretary of State, 8. 12. 1944, NA, RG 59–5608.

⁹¹ Bank for International Settlement, T.H. McKittrick (President) to The Chancellor of the Exchequer, 2. 5. 1945, PRO, T 236–1987; Bank for International Settlement to The Secretary of the Treasury, 2. 5. 1945, NA, RG 59–6783.

diese Schreiben verfolgten das Ziel, die *pre-war debts* nicht im Sumpf der Reparations- und Kriegsschuldenfrage untergehen zu lassen. Feste Zusicherungen erhielten die Vorkriegsgläubiger weder von der britischen noch von der amerikanischen Regierung. Weder in London noch in Washington wurde die Schuldenfrage während des Krieges auf Ministerebene diskutiert. Auch auf interalliiierter Ebene spielten die *pre-war debts* nur eine Rolle am Rande. In Jalta wurde von britischer Seite zwar kurz auf die grundsätzliche Problematik der Schuldenfrage hingewiesen, zu irgendwelchen Entscheidungen kam es aber nicht.

2. DIE ERSTEN NACHKRIEGSJAHRE

Zur Vorbereitung der Konferenz von Jalta war von Schatzkanzler Sir John Anderson eine Denkschrift vorgelegt worden, in der in Anlehnung an die Regelungen des Versailler Vertrags empfohlen wurde, das deutsche Auslandsvermögen zur Bedienung der Vorkriegsschulden in Anspruch zu nehmen. Zu diesem Zweck sollten in allen kriegsalliierten Staaten die deutschen Vermögenswerte auf die Regierungen übertragen werden „as an offset against pre-war debts owing from Germany to that country.“¹ Der Schatzkanzler griff damit auf Pläne zurück, die bereits in den Anfangsjahren des Krieges in Großbritannien diskutiert worden waren. In britischen Regierungskreisen traf der Vorschlag von Anderson weitgehend auf Zustimmung, dessen internationale Durchsetzbarkeit wurde aber erheblich in Zweifel gezogen. Zu Recht, denn die Konferenz von Jalta führte den Briten drastisch vor Augen, daß ihr Einfluß im Kreis der Großen Drei begrenzt war. Mit Billigung der unter dem Einfluß von Finanzminister Morgenthau stehenden Amerikaner konnten die Sowjets in Jalta eine Reparationssumme von \$ 20 Milliarden veranschlagen, wovon sie die Hälfte für sich beanspruchten. Vergeblich stemmten sich die Briten dagegen, Deutschland so hohe Reparationen aufzuerlegen. Angesichts der Erfahrungen der Zwischenkriegszeit hielten sie eine Forderung in dieser Höhe für völlig unrealistisch. Ihr Eintreten für einen maßvollen Frieden, weil ein wirtschaftlich prosperierendes Deutschland für den europäischen Wiederaufbau unverzichtbar sein würde, stieß sowohl bei Stalin als auch bei Roosevelt auf taube Ohren. Ein britischer Vorstoß, in Jalta auch die Frage der Vorkriegsschulden zu einem Diskussionsthema zu machen, scheiterte ebenfalls. Vor allem die Sowjets zeigten sich an dieser Thematik gänzlich desinteressiert.

Die unterschiedliche politische und wirtschaftliche Interessenlage der drei Hauptalliierten trat in Jalta erstmals deutlicher zutage. Je näher das Kriegsende rückte, desto mehr verschlechterte sich das Klima zwischen den Großen Drei. Das Ausscheiden von zwei der drei Protagonisten der Koalition in den nächsten Monaten – nur Stalin blieb übrig – trug sicher nicht unerheblich zur Klimaverschlechterung bei. Im April 1945 starb Präsident Roosevelt. Dessen Amtsnachfolger Truman verfolgte eine weitaus nüchternere und pragmatischere Politik. Während der Konferenz von Potsdam wurde auch Kriegspremier Churchill aus dem Spiel genommen. Er verlor sein Amt im Juli an den *Labour*-Politiker Clement Attlee. In Potsdam

¹ Pre-war German assets in allied territories (o. Datum; erstellt im Jan./Feb. 1945), PRO, T 236–122.

konnten sich die Alliierten nur noch mit Mühe auf eine gemeinsame Erklärung einigen. Die Spaltung zwischen Ost und West trat immer deutlicher hervor. Sie zeigte sich nach der Einführung des Territorialprinzips auch in der Reparationsfrage. Die Siegermächte – unter Einschluß Frankreichs – befriedigten ihre Reparationsansprüche aus ihren Besatzungszonen. Die der Sowjetunion darüber hinaus aus den Westzonen zugesprochenen Reparationsleistungen fielen schon bald dem Kalten Krieg zum Opfer.²

Auch im Verhältnis zwischen London und Washington traten nach Kriegsende Spannungen auf. Großbritannien, das unter der Führung von Winston Churchill erheblich zum Sieg der Alliierten beigetragen hatte, war am Ende des Krieges wirtschaftlich ausgepowert. Die Reserven an Gold, Devisen und sonstigem Vermögen im In- und Ausland waren weitgehend aufgezehrt, die Exportquote war erheblich gesunken. Hinzu kam eine hohe Auslandsverschuldung. Da der Lebensstandard der britischen Bevölkerung noch unter das Kriegsniveau abzusinken drohte, war das Vereinigte Königreich dringend auf Auslandshilfe angewiesen.³ Allein die Vereinigten Staaten, die bei Kriegsende wirtschaftlich potenter waren als jemals zuvor in ihrer Geschichte, waren dazu in der Lage. Entgegen britischer Erwartung zeigte die amerikanische Regierung nur eine sehr zögerliche Bereitschaft, ihre im Krieg gewährten Wirtschaftshilfen auch nach dessen Beendigung fortzusetzen. Aus innenpolitischen Gründen dachten die USA weder an eine Verlängerung des *Lend-Lease-Agreement* über das Ende des Krieges hinaus noch an einen generellen Verzicht auf die britischen Kriegsschulden.⁴ Genau dies wurde aber in Großbritannien unter Berufung auf die vielbeschworene *equality of sacrifice* erwartet. Präsident Roosevelt und Premierminister Churchill, die ein im Krieg gewachsenes persönliches Vertrauensverhältnis verband, hatten zwar noch über eine mögliche Fortführung des *Lend-Lease-Agreement* nach der Kapitulation verhandelt, zu einer vertraglichen Vereinbarung war es aber nicht mehr gekommen. So verfügte der von persönlichen Rücksichtnahmen unbelastete Präsident Truman unmittelbar nach dem Sieg über die Japaner das Ende von *Lend-Lease*. Die Briten

² Vgl. ALEC CAIRNCROSS, *The Price of War. British Policy on German Reparations, 1941–1949*, Oxford 1986, S. 72ff.

³ Zur wirtschaftlichen Situation Großbritanniens vgl. JIM TOMLINSON, *The Attlee Government and the Balance of Payments, 1945–1951*, in: *Twentieth Century British History* 2 (1991), S. 47–66.

⁴ Die Durchsetzung des *Lend-Lease Agreement* im US-Congress erfolgte gegen den entschiedenen Widerstand republikanischer Isolationisten, die u. a. eine Herausgabe der südafrikanischen Goldminen von den Briten als Bezahlung für amerikanische Kriegslieferungen verlangten. Vgl. HICKMAN, S. 39f.

wurden von dieser Entscheidung unangenehm überrascht, glaubten sie doch wegen der im Krieg für die gemeinsame Sache erbrachten Opfer geradezu ein Anrecht auf weitere finanzielle Hilfen der Amerikaner zu besitzen. Im amerikanischen Kongreß stieß diese Haltung auf völliges Unverständnis, da die Unterstützung der Kriegsverbündeten den amerikanischen Steuerzahler bereits erhebliche Summen gekostet hatte.⁵ Nachdem der Sieg über Nazi-Deutschland errungen war, sah man in der amerikanischen Öffentlichkeit keinen Grund mehr für weitere Zahlungen an alliierte Staaten.

In der US-Administration wurde die Angelegenheit etwas differenzierter betrachtet, denn die Gewährung von Auslandshilfen war bereits während des Krieges mit der Durchsetzung außenpolitischer Zielsetzungen der USA gekoppelt worden. So verpflichtete der berühmte Artikel VII des *Lend-Lease-Agreement* von 1941 zum Abbau von Handels- und Zollschranken seitens der Empfängerländer und zur Einführung des *non-discrimination principle*. Dies waren Eckpfeiler der von den USA gewünschten multilateralen ökonomischen Nachkriegsordnung. Das im Juli 1944 vereinbarte System von Bretton Woods mit der Gründung des *International Monetary Fund* als Kernstück lag ganz auf dieser Linie. Es sollte erstens einer Integration der „different national policies into a coherent global order“ Vorschub leisten und verfolgte zweitens das Ziel einer Kontrolle der „international capital movements that would, in the eyes of the makers of Bretton Woods, be needed for that international order to function.“⁶ Das dort beschlossene System fester Wechselkurse mit einer marginalen Schwankungsbreite von höchstens 10% existierte mit seinen Stärken und Schwächen bis in die frühen 70er Jahre.⁷ Zu den „Machern von Bretton Woods“ gehörten im wesentlichen der Amerikaner Harry Dexter White, ein enger Mitarbeiter von Finanzminister Morgenthau, und der Brite John M. Keynes. Letzterer konnte sich jedoch mit den Ergebnissen der Konferenz von Bretton Woods nur bedingt identifizieren. Im wesentlichen hatten sich die Amerikaner mit ihren Plänen zur Wiederherstellung eines multilateralen Welthandels durch-

⁵ Vgl. GARDNER, S. 171 ff.

⁶ HAROLD JAMES, *The IMF and the creation of the Bretton Woods System 1944–1958*, in: BARRY EICHENGREEN (Hrsg.), *Europe's post-war recovery*, Cambridge 1995, S. 94.

⁷ Der Abwertungswettlauf der 30er Jahre wurde u. a. auf die zu große Flexibilität der Wechselkursparitäten zurückgeführt. Daher wurden für die Nachkriegszeit feste Wechselkurse etabliert, deren zu große Starrheit sich in der Folgezeit aber als nachteilig erwies. Vgl. dazu: GOTTFRIED HABERLER, *Die Weltwirtschaft und das internationale Währungssystem in der Zeit zwischen den beiden Kriegen*, in: Deutsche Bundesbank (Hrsg.), *Währung und Wirtschaft in Deutschland 1876–1975*, Frankfurt a. M. 1976, S. 243 ff.; vgl. MINX, S. 17 ff.

gesetzt, ohne dabei besondere Rücksicht auf die divergierenden Vorstellungen der Engländer zu nehmen.⁸

Der bedingungslose Multilateralismus der USA wurde von den Briten zu Recht als eine Bedrohung ihrer *Sterling area* angesehen. Dabei handelte es sich um eine Währungszone, der eine Reihe von Staaten des britischen *Commonwealth* angehörten. Diese waren in zahlreichen bilateralen Handelsabkommen miteinander verbunden. Alle Mitgliedsstaaten der *Sterling area* waren gehalten, ihre Währungsreserven ganz oder teilweise bei der *Bank of England* zu deponieren.⁹ Die *Sterling area* mit ihrem *Imperial Preference System* war auf Freizügigkeit nach innen und Abschottung nach außen ausgerichtet und daher den freihandelsorientierten USA ein Dorn im Auge. Die Freizügigkeit der USA endete aber an ihren eigenen Grenzen. Zum Schutz des Binnenmarkts lehnte es die amerikanische Regierung ihrerseits strikt ab, die hohen amerikanischen Zollschränken zu senken. Die *Sterling area* war ein Versuch, das Erbe des *British Empire* in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts hinüberzuretten. Das Vorhaben mußte aber letztlich scheitern, weil Großbritannien ökonomisch viel zu schwach war, um weiter eine Weltmachtrolle spielen zu können. Den meisten Briten fehlte aber die innere Bereitschaft, dies als Faktum anzuerkennen und sich mit einer geringeren Position in der Weltpolitik abzufinden. Umgekehrt sträubten sich viele Amerikaner noch immer dagegen, ihrer Rolle als Führungsmacht der westlichen Welt und den damit verbundenen Verpflichtungen gerecht zu werden.

Both we [die Amerikaner] and the British clung to an illusion created by the war – the illusion of equal Partnership. [...] Because they were slow to realize that, with their diminished resources they could not sustain a position purchased at an enormous wartime sacrifice, the British resented the changed relationship. And, because we were reluctant to assume responsibility commensurate with our vastly increased power, we continued to expect Britain to carry out commitments beyond her means, which we desired to see maintained.¹⁰

⁸ Vgl. HANS MÖLLER, The Reconstruction of the International Economic Order after the Second World War and the Integration of the Federal Republic of Germany into the World Economy, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 137 (1981), S. 349 ff.; zur Genese des britisch-amerikanischen Gegensatzes vgl. GEORG SCHILD, Bretton Woods and Dumbarton Oaks. American Economic and Political Postwar Planning in the Summer of 1944, London 1995, S. 80 ff.; zur Rolle von Keynes vgl. MATTHIAS PETER, John Maynard Keynes und die britischen Deutschlandpolitik, München 1997, S. 234 ff.

⁹ Vgl. PHILIP W. BELL, The Sterling Area in the Postwar World. Internal Mechanism and Cohesion 1946–1952, Oxford 1956, S. 3 ff.

¹⁰ JAMES P. WARBURG, Germany. Key to Peace, London 1954, S. 36.

Die Ausführungen des amerikanischen Bankiers James P. Warburg beschreiben die wechselseitigen Fehleinschätzungen und die daraus resultierenden Spannungen im Verhältnis der beiden angelsächsischen Länder recht zutreffend, die in den folgenden Jahren tendenziell eher noch zunahmen. Ein Beispiel dafür ist das Zustandekommen des *Loan-Agreement* nach dem abrupten Ende von *Lend-Lease*. Eine Delegation unter der Leitung von Keynes war im Herbst 1945 mit dem Ziel nach Washington gereist, als Ersatz für *Lend-Lease* eine weitere Finanzhilfe in Höhe von etwa \$ 6 Milliarden zu erhalten. Insgeheim hofften die Briten auf eine Schenkung oder wenigstens auf einen zinslosen Kredit. Tatsächlich gewährten die Amerikaner den Briten nach zähen Verhandlungen schließlich im Dezember 1945 einen zu 2% verzinslichen Kredit in Höhe von \$ 3,75 Milliarden statt der geforderten \$ 6 Milliarden. Mehr war im *Congress* nicht durchsetzbar gewesen, weil den Briten neben dem Kredit noch eine sehr günstige Regelung der Schulden aus dem *Lend-Lease-Agreement* eingeräumt worden war. Im Grunde hatten die Briten damit keinen Grund, sich über mangelnde Großzügigkeit der Amerikaner zu beklagen. Die Kreditvergabe an Großbritannien war aber an zwei Bedingungen geknüpft, die allein der Durchsetzung strategischer Interessen der USA dienen sollten: Zum einen verlangten die Amerikaner die Einführung von Handelsliberalisierungen in der *Sterling area*, zum anderen verlangten sie die Wiederherstellung der vollständigen Konvertibilität des britischen Pfunds. Mit dieser Maßnahme sollte das *Imperial Preference System* zu Fall gebracht und der freie Zugang zur bisher abgeschotteten *Sterling area* eröffnet werden. Die von den Briten 1947 vertragsgemäß eingeführte Sterling-Konvertibilität führte zu einem Fiasko. Bereits nach sechs Wochen mußte die Konvertibilität des Pfundes wieder rückgängig gemacht werden, weil die britischen Gold- und Devisenreserven erschöpft waren. Die britische Regierung hatte in grober Fehleinschätzung der eigenen Kräfteverhältnisse die Bedingung des *Loan-Agreement* auf Wiederherstellung der Pfund Konvertibilität allzu bereitwillig akzeptiert, weil sie sich der trügerischen Hoffnung hingegeben hatte, das Pfund als Hauptreservewährung reaktivieren zu können. Um so mehr fühlte sich die britische Nation durch das Desaster von 1947 gedemütigt. Die Folge war, daß Großbritannien auf Jahre hinaus ein strikter Gegner frei konvertibler Währungen in Europa blieb.¹¹ Ein positiver Nebeneffekt des britischen Desasters war das zunehmende Verständnis der amerikanischen Regierung für die fundamentale ökonomische Schwäche des britischen Juniorpartners, die

¹¹ Vgl. JACOB J. KAPLAN und GÜNTHER SCHLEIMINGER, *The European Payments Union. Financial Diplomacy in the 1950s*, Oxford 1989, S. 12 ff.

dann in der Folgezeit durch das *European Recovery Program* (ERP) abgefedert wurde.¹² Die Einführung eines multilateralen Handelssystems und die Realisierung der freien Konvertierbarkeit europäischer Währungen wurden auf Grund dieser Erfahrung nur noch schrittweise vollzogen.¹³

Die prekäre wirtschaftliche Lage Großbritanniens am Ende des Krieges wurde durch die beträchtlichen Unterhaltskosten für die Besatzungstruppen in Deutschland und durch die Aufwendungen für Hilfslieferungen an die deutsche Bevölkerung weiter verschärft. Bis zum Zerplatzen der „illusion of equal partnership“ und der Bildung der Bizone am 1. Januar 1947 hatten die Briten die Aufwendungen für ihre Besatzungszone allein zu bestreiten. Bereits im *Malkin Report* war vorausschauend auf die erheblichen Belastungen hingewiesen worden, die auf Großbritannien nach dem Krieg durch Besatzungs- und Versorgungskosten zukommen würden. Die Briten hatten deshalb schon während des Krieges in interalliierten Diskussionen über die künftige Regelung der Reparationsfrage auf das *first charge principle* gepocht und der sowjetischen Forderung nach *reparation first* entgegengestellt.¹⁴ Mit grundsätzlicher Zustimmung der Amerikaner forderten die Briten, Deutschland vorrangig zur Bezahlung der laufenden Besatzungskosten und der notwendigen Hilfslieferungen heranzuziehen, bevor an Reparationen gedacht werden konnte. Die Sowjetunion war aber überhaupt nicht bereit, ihre Reparationsforderungen hinter den Besatzungskosten rangieren zu lassen. An eine Bedienung der Vorkriegsschulden war aus ihrer Sicht überhaupt nicht zu denken. Die Meinung der Sowjetunion verlor aber wegen des beginnenden Kalten Krieges zunehmend an Relevanz. Auch die von Winston Churchill protegierte nachträgliche Aufnahme der Franzosen in den Kreis der Hauptkriegsalliierten konnte nicht verhindern, daß die USA in nahezu allen wirtschaftlichen und politischen Belangen der Nachkriegszeit den Ton angaben. Die Erfahrung, gegen den dezidierten Willen der Amerikaner politisch kaum mehr etwas durchsetzen zu können, bedeutete für die Briten einen schmerzlichen Lernprozeß, von dem auch die Schuldenfrage nicht ausgenommen blieb.

Kurz vor dem Beginn der Konferenz von Potsdam hatte die Interessenvertretung der britischen Anleiheschuldner die Regierung in einem Schrei-

¹² Vgl. GARDNER, S. 188 ff.

¹³ Vgl. MIKESELL, S. 42 ff.; KAPLAN und SCHLEIMINGER, S. 12 ff.

¹⁴ Vgl. JOSEF FOSCHEPOTH, Konflikte in der Reparationspolitik der Alliierten, in: DERS. (Hrsg.), *Kalter Krieg und Deutsche Frage. Deutschland im Widerstreit der Mächte 1945–1952*, Göttingen 1985, S. 176 ff.; vgl. PETER, S. 196 ff.

ben an Schatzkanzler Anderson nachdrücklich an ihre besondere Verpflichtung gegenüber den Vorkriegsgläubigern erinnert:

Morally and logically pre-war debts should not be subordinated to reparation claims in relation to Germany's future annual capacity to pay, particularly as in essence some of these debts represent unpaid reparation claims arising from the war 1914–1918. It would be an ironical situation if the first result of Germany losing the war were to be that she was relieved for the future of a large external debt.¹⁵

Wieder einmal wurde die besondere Historie der Dawes- und der Young-Anleihe zur Legitimation der britischen Schuldansprüche beschworen. Die in dem Schreiben weiter geforderte Heranziehung des deutschen Auslandsvermögens zur Entschädigung der Gläubiger stimmte zwar mit den bekannten Intentionen des Schatzkanzler überein, die definitive Entscheidung über die Verwendung der deutschen Vermögenswerte (*assets*) war aber an internationale Vereinbarungen gebunden. Die in England verfügbaren deutschen Vermögenswerte reichten aber ohnehin nur zur Abdeckung eines geringen Teils der Auslandsschulden. Deshalb war die Aufteilung eventuell zur Verfügung stehender Erlöse aus den *assets* ein diffiziles innerbritisches Problem. Die Furcht der mittel- und langfristigen Anleihegläubiger vor einer einseitigen Bevorzugung der kurzfristigen Gläubiger war nicht unberechtigt, weil die zügige Regelung der Bank- und Handelsschulden eine wichtige Voraussetzung für die Wiederherstellung geordneter Wirtschafts- und Finanzbeziehungen mit Deutschland war, die voll und ganz im britischen Interesse lag. Der Abbau der mittel- und langfristigen Verschuldung hatte dagegen keine unmittelbaren Auswirkungen auf die britische Wirtschaftsentwicklung. Die Anleihegläubiger waren sich dieser Tatsache durchaus bewußt. Da mittlerweile ihre Hoffnung, der Wert der Anleihen könnte sich nach dem Ende des Krieges in überschaubarer Frist spürbar erholen, zerstoßen war, versuchten sie ihre Ansprüche durch folgende Forderungen wenigstens teilweise zu retten: Erstens sollten Zahlungen zugunsten ihrer notleidend gewordenen Anleihen „precedence over future trade debts or future bank loans (if any)“ haben, und zweitens sollten Zinszahlungen gegenüber Kapitalrückzahlungen vorrangig behandelt werden.¹⁶ Die zweite Forderung diente vor allem der Abwehr des von den *short-term creditors* gern zu ihren Gunsten angeführten Arguments, daß im Fall begrenzter finanzieller Ressourcen die nachrangige Bedienung der Anleiheschulden gerechtfertigt sei, weil diese wegen ihrer langen Laufzeiten im Gegensatz zu

¹⁵ Committee of British Long Term and Medium Term Creditors of Germany (Lever) to Secretary of the Treasury, 26. 6. 1945, PRO, T 236–122.

¹⁶ Ebd.

den sofort fälligen Handels- und Bankschulden ohnehin erst zu einem späteren Zeitpunkt fällig würden.

Die zuständigen britischen Ministerien hatten sich während der Kriegsjahre nach Kräften bemüht, die Interessen ihrer *pre-war creditors* auf alliierter Ebene angemessen zu vertreten. An diesem Kurs hielt auch die *Labour*-Regierung prinzipiell fest. Allerdings neigten einige der *Labour-Party* nahestehende britische Besatzungsbeamte in Deutschland dazu, die Ansprüche der *pre-war creditors* herabzustufen. Die direkte Konfrontation mit den zum Teil chaotischen Zuständen vor Ort und die bekanntermaßen zwiespältige Haltung der Sozialisten gegenüber Kapitalanlegern begünstigte andere Prioritäten. Im *Treasury* wurde diese Entwicklung mit Skepsis zur Kenntnis genommen. Es gab dort Befürchtungen, daß die *Labour*-Regierung in der Schuldenfrage einen Kurswechsel vollführen könnte.¹⁷ Gefahren für die Interessen der britischen Vorkriegsgläubiger drohten jedoch weniger von der *Labour*-Regierung als von den USA. Es erwies sich nämlich als zunehmend schwieriger, britische Positionen gegenüber den Amerikanern durchzusetzen. Dem britischen Vorschlag, das deutsche Auslandsvermögen zur Tilgung der Vorkriegsschulden statt für Reparationszahlungen in Anspruch zu nehmen, konnten die Amerikaner nicht viel Positives abgewinnen.¹⁸ Als im Vorfeld der Potsdamer Konferenz in London noch einmal über die künftige Marschroute in der Schuldenfrage diskutiert wurde, plädierte Keynes für harte Verhandlungen mit den USA. Großbritannien sollte seine Interessen offensiv vertreten, nicht von vornherein das Feld räumen und versuchen, dem amerikanischen Druck solange wie möglich standzuhalten. Keynes hielt es für vernünftig, den Vorkriegsgläubigern eine Dividende aus dem Erlös des liquidierten deutschen Vermögens zu zahlen. Gegenüber den Kräften innerhalb der britischen Administration, die dies a priori für aussichtslos hielten, machte Keynes mit einiger Berechtigung geltend, daß die von den Amerikanern derzeit vertretene Position über den künftigen Umgang mit dem deutschen Auslandsvermögen nicht ihrem verfassungsmäßigen Selbstverständnis entspräche. Keynes hoffte, daß die amerikanische Regierung ihre privateigentumsfeindliche Haltung noch ändern würde. Die Amerikaner verlangten eine entschädigungslose Enteignung des deutschen Auslandsvermögens in allen Ländern der Welt, selbst wenn diese als neutrale Staaten nicht direkt am Krieg beteiligt gewesen waren.¹⁹ Gegen

¹⁷ Playfair to S.P. Chambers (Control Commission Berlin), 8. 10. 1945, PRO, T 236–122.

¹⁸ Telegram from Moscow (U.K. Delegation) to Foreign Office (secret), 13. 7. 1945, PRO, T 236–122.

¹⁹ Gemäß Kontrollratsgesetz Nr. 5 vom 30. 10. 1945 verloren alle deutschen Staatsbürger ihre

diese Forderung setzte sich vor allem die Schweiz entschieden zur Wehr. Die Schweiz verweigerte die Herausgabe der deutschen Vermögenswerte für Reparationszwecke, sie mußte sich aber letztlich dem massiven amerikanischen Druck beugen.²⁰ Obwohl sich die Vereinigten Staaten in ihrer Verfassung entschieden zur Unantastbarkeit privaten Eigentums bekannten, blieben sie in der Frage des deutschen Auslandsvermögens im Gegensatz zu ihrem Verhalten nach dem Ersten Weltkrieg unerbittlich.²¹ Bis in die 60er Jahre hinein versuchte die Bundesregierung vergeblich, die amerikanische Haltung zu ändern.²²

Im Gegensatz zu Keynes hielt es der künftige Premierminister Attlee nicht für angebracht, sich wegen der Vorkriegsschulden mit den Amerikanern anzulegen. Attlee befürchtete, daß die Amerikaner dann im Gegenzug die Frage der britischen Kriegsschulden aufrollen könnten. Schatzkanzler Sir Anderson argumentierte dagegen und bemühte sich, das Kriegsschuldenproblem unter Verweis auf die britischen Außenstände gegenüber Drittländern zu relativieren. Zweifellos fühlte sich Anderson den Vorkriegsgläubigern persönlich stärker verpflichtet als der Premierminister. Zu konkreten

Eigentumsrechte an Vermögenswerten im Ausland. Diese wurden auf eine Viermächtekommission für deutsche Auslandsvermögen übertragen. Siehe dazu BERNHARD WOLFF, Zur Frage der Abgeltung von Reparationsschäden unter besonderer Berücksichtigung der Entstehungsgeschichte des Sechsten Teils des Überleitungsvertrags: Rechtsgutachten, Bonn o. J. (1964), S. 29.

²⁰ Die Auseinandersetzungen zwischen Bern und Washington zogen sich über Monate hin. Die von der Schweiz gestellten Bedingungen für eine Herausgabe des deutschen Vermögens wurden von den Amerikanern größtenteils abgelehnt (abgesehen von einem prozentualen Anteil am Liquidationserlös). Die Amerikaner blockierten als Druckmittel die schweizerischen Vermögenswerte in den USA (mehr als 5 Mrd. Sfr.) bis zur Unterzeichnung des Washingtoner Abkommens Ende Mai 1946. Vgl. MARCO DURRER, Die schweizerisch-amerikanischen Finanzbeziehungen im Zweiten Weltkrieg. Von der Blockierung der schweizerischen Guthaben in den USA über die „Safehaven“-Politik zum Washingtoner Abkommen (1941–1946), Bern 1984, S. 184 ff.; vgl. DANIEL FREI, Das Washingtoner Abkommen von 1946. Ein Beitrag zur Geschichte der schweizerischen Außenpolitik zwischen dem Zweiten Weltkrieg und dem Kalten Krieg, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 19 (1969), S. 567–619, S. 571 ff.

²¹ Im Jahr 1928 wurde ein großer Teil des in den USA beschlagnahmten deutschen Auslandsvermögens (Trading with the Enemy Act von 1917) zurückgegeben. Dagegen wurde im Juni 1948 vom US-Congress der War Claims Act verabschiedet. Danach sollte der Erlös aus dem liquidierten deutschen Vermögen für Kriegsentschädigungen an gefangene US-Soldaten verwandt werden. Vgl. HANS W. BAADE, Die Behandlung des deutschen Privatvermögens in den Vereinigten Staaten nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg, in: FRITZ KRÄNZLIN und HEINRICH E. A. MÜLLER (Hrsg.), Der Schutz des privaten Eigentums im Ausland. Festschrift für Hermann Janssen zum 60. Geburtstag, Heidelberg 1958, S. 14 ff.

²² Vgl. HANS-DIETER KREIKAMP, Deutsches Vermögen in den Vereinigten Staaten. Die Auseinandersetzungen um seine Rückführung als Aspekt der deutsch-amerikanischen Beziehungen 1952–1962, Stuttgart 1979, S. 9 ff.

Zusagen an die Gläubiger war er aber nicht in der Lage. Versprechen konnte er den Gläubigern lediglich, daß sich die britische Regierung auf internationaler Ebene dafür einsetzen würde, die Schuldverhältnisse juristisch unangetastet bestehen zu lassen, so daß sie zu einem späteren Zeitpunkt geregelt werden konnten.²³ Vor der Pariser Reparationskonferenz im Dezember 1945 demonstrierten die USA noch einmal Härte. Auf einen nochmaligen Vorstoß der Briten in der Frage der *assets* antworteten sie mit der lapidaren Feststellung, daß Reparationen und Vorkriegsschulden klar voneinander zu trennen seien. Die Lösung der Schuldenfrage obliege einer künftigen deutschen Regierung, entweder durch den Abschluß eines Friedensvertrags oder durch spezielle Abkommen mit den betroffenen Ländern.²⁴ Genau dies wurde dann auch im Pariser Reparationsabkommen festgeschrieben. „Appropriate authorities“ in Deutschland sollten zu einem späteren Zeitpunkt für die Erfüllung vertraglicher und sonstiger Verpflichtungen aus der Vorkriegszeit Sorge tragen. Mit dieser Formulierung wurde der Rechtsanspruch der Vorkriegsgläubiger grundsätzlich aufrechterhalten, ohne daß über Zeitpunkt, Art und Umfang einer künftigen Schuldenregelung nähere Angaben gemacht wurden.²⁵ Die britische Regierung hatte damit zumindest ihr wichtigstes Ziel, die prinzipielle Sicherung der Gläubigeransprüche, erreicht. Da im Pariser Reparationsabkommen zudem festgeschrieben wurde, daß jeder alliierte Staat frei über die deutschen Vermögenswerte in seinem Land verfügen konnte, bestand die Möglichkeit, den Vorkriegsgläubigern Entschädigungen aus dem Erlös der *assets* zu zahlen. Die Zahlungen waren auf die britische Reparationsquote anzurechnen.²⁶ Ein Teil der britischen Vorkriegsgläubiger erhielt in den nächsten Jahren sogenannte *ex-gra-*

²³ Memorandum Playfair to C. E. I. Jones, Sir Eady und Lord Keynes, 19. 7. 1945, PRO, T 236–122.

²⁴ J.W. Angell (U.S.A.) Paris: Pre-war claims against Germany, 8. 11. 1945, PRO, T 236–122.

²⁵ Vgl. FRIEDRICH JERCHOW, Deutschland in der Weltwirtschaft 1944–1947. Alliierte Deutschland- und Reparationspolitik und die Anfänge der westdeutschen Außenwirtschaft, Düsseldorf 1978, S. 179; vgl. dazu auch: FISCH, Reparationen nach dem Zweiten Weltkrieg, S. 105 ff. Fisch hält die im Pariser Reparationsabkommen getroffene Regelung zugunsten der privaten Vorkriegsschulden für moralisch fragwürdig: „Jetzt ging es um diejenigen, die als private und öffentliche Kreditgeber in Friedenszeiten aufgetreten waren: Anleger, Sparer und Spekulanten. Das mußte automatisch zu einem anderen Verteilungsschlüssel führen. Nun konnten vor allem kapitalkräftige anstelle von besonders stark vom Krieg in Mitleidenenschaft gezogenen Staaten Ansprüche anmelden. Unter dem Gesichtspunkt der Gerechtigkeit war diese Regelung anfechtbar“ (S. 111).

²⁶ Vgl. ULRICH SCHEUNER, Zur Auslegung des Interalliierten Reparationsabkommens vom 14. 1. 1946, in: FRITZ KRÄNZLIN und HEINRICH E. A. MÜLLER (Hrsg.), Der Schutz des privaten Eigentums im Ausland. Festschrift für Hermann Janssen zum 60. Geburtstag, Heidelberg 1958, S. 135–147 (S. 141 ff.).

tia-Zahlungen aus dem Verkauf der deutschen Vermögenswerte in Großbritannien. Im wesentlichen handelte es sich dabei um die Stillhaltegläubiger. Einen echten Beitrag zur Lösung des Schuldenproblems stellten diese Zahlungen aber nicht dar, weil nur ein geringer Prozentsatz der Schulden damit abgedeckt werden konnte.

Die relative Zufriedenheit der britischen Regierung mit den bisher in der Schuldenfrage getroffenen alliierten Vereinbarungen wurde von den Gläubigern nicht geteilt. Obwohl die britischen *standstill-creditors* am meisten von der Möglichkeit der *ex-gratia*-Zahlungen profitieren konnten, machten gerade sie keinen Hehl aus ihrer Unzufriedenheit mit dem Ergebnis der Pariser Reparationskonferenz. Sie kritisierten vor allem die fehlende Möglichkeit, ihre Forderungen direkt gegenüber dem deutschen Schuldner geltend machen zu können. Unter Berufung auf die besondere Inpflichtnahme der City durch die britische Regierung zu Beginn der 30er Jahre reklamierten sie deren besondere Unterstützung bei der Eintreibung ihrer Forderungen.²⁷ Die heftigen Klagen der Bankgläubiger waren nicht völlig unberechtigt, da grundsätzlich die Möglichkeit bestand, diese Schuldverhältnisse direkt zwischen den betroffenen deutschen und britischen Banken zu klären, sobald eine gewisse Normalisierung der Verhältnisse in Deutschland eingetreten war. Bereits im Juni 1945 war es in Hamburg zu ersten Gesprächskontakten mit dem Bankier Hermann Josef Abs über die Regelung der *standstill debts* gekommen, die in den folgenden Jahren noch intensiviert wurden.²⁸ Hermann J. Abs, seit 1938 Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, hatte in den 30er Jahren selbst an der Aushandlung der Stillhalteabkommen (*standstill agreements*) mitgewirkt. Er war nach dem Ende des Krieges als Statthalter seiner Bank von Berlin nach Hamburg gekommen.²⁹ Auch die deutschen Bankiers hatten ein großes Interesse an einer Regelung der Stillhalteschulden und der damit verbundenen Wiederherstellung normaler Geschäftsbeziehungen zu den britischen Banken. Alliierte Gesetze

²⁷ Accepting Houses Committee (R. Olaf Hambro, Deputy Chairman) to Governor of the Bank of England, 7. 5. 1946, PRO, T 236–977.

²⁸ Vgl. THEO HORSTMANN, Die Alliierten und die deutschen Großbanken. Bankenpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg in Westdeutschland, Bonn, S. 193 ff. Die deutsch-britischen Bankbeziehungen blieben unbeschadet der Kriegereignisse traditionell gut: Aktenvermerke betr. Stillhalteabkommen vom 19.2. und 23. 4. 1948, HADB, NL Krebs, Der deutsche Ausschuß für Stillhaltung. Stillhaltekredite 1946–1950.

²⁹ Report of Conversation with Mr. Abs, Director of Deutsche Bank, Concerning Standstill Agreements. G. S. MacCulloch (Control Commission Hamburg) 10. 6. 1945, PRO, T 236–97. In diesem Gespräch machte Abs auch präzise Angaben zu den Konten der Verrechnungskasse (Clearing-Schulden); vgl. LOTHAR GALL und GERALD D. FELDMANN (Hrsg.), Die Deutsche Bank 1870–1995, München 1995, S. 425 ff.

und Verordnungen machten aber eine private Regelung von Schuldverhältnissen aus der Vorkriegszeit zwischen deutschen Schuldnern und ausländischen Gläubigern unmöglich. Mit diesem Verbot sollte die einseitige Bevorzugung bestimmter Schuldenkategorien oder Gläubigergruppen unterbunden werden.

Auch die amerikanischen *standstill creditors* meldeten sich nach dem Ende der Pariser Reparationskonferenz bei ihrer Regierung zu Wort. Ihnen ging es zwar im Vergleich zu den britischen Gläubigerbanken relativ gut, weil amerikanische Institute bereits während des Krieges Wertberichtigungen vornehmen und Verluste steuerlich abschreiben konnten. Trotz dieses Vorteils erhoben die amerikanischen Stillhaltegläubiger die Forderung, für unbeglichene Schulden deutscher Banken und Industrieunternehmen Eigentumsübertragungen zu ihren Gunsten vorzunehmen zu dürfen. Im *State Department* stieß diese Forderung auf Ablehnung.³⁰ Aus Sicht der Gläubiger machte diese indirekte Form der Schuldentilgung jedoch durchaus Sinn, weil kurz- und mittelfristig mit Transferleistungen in den Dollarraum nicht ernsthaft zu rechnen war. Erschwerend kam hinzu, daß die amerikanischen und britischen Hilfslieferungen für die deutsche Bevölkerung nach dem *first charge principle* vorrangig zu bezahlen waren, sobald Deutschland dazu wieder in der Lage sein würde. Es war absehbar, daß bei einer konsequenten Durchführung dieser Vereinbarung für die Vorkriegsgläubiger auf absehbare Zeit keine Devisen zur Verfügung stehen würden.

Im Gegensatz zu Großbritannien, das finanziell dringend auf die Bezahlung der Hilfslieferungen angewiesen war, setzten die Vereinigten Staaten das *first charge principle* in der Folgezeit vorrangig als Hebel zur Durchsetzung ihrer politischen Zielsetzungen ein. Die gleiche Funktion hatte auch die von den USA für Deutschland eingeführte Dollarklausel zu erfüllen, die alle Empfängerländer deutscher Exporte zur Bezahlung in US-Dollar verpflichtete. Damit wurde diesen Staaten jede Möglichkeit genommen, Reparationen oder die Rückzahlung von Schulden in Form von deutschen Warenlieferungen zu erhalten. Die Amerikaner hatten aus den Fehlern der Zwischenkriegszeit gelernt. Sie waren nicht noch einmal gewillt, deutsche Schulden oder Reparationen indirekt zu finanzieren. Negativ von dieser Regelung betroffen waren nicht zuletzt auch die Beneluxländer, denen auf diese Weise jede Möglichkeit genommen wurde, ihre enormen *Clearing-*

³⁰ Department of State, Memorandum of Conversation: Standstill claims against Germany (Andrew L. Gomory, John Laylin, Mr. Livesey, Mr. Luthringer, S.J. Rubin), 1. 2. 1946, NA, RG 59-6783.

Schulden über den Warenverkehr abzubauen.³¹ Zwar wirkten sich die alliierten Maßnahmen zum Schutz der deutschen Wirtschaftskraft für die Vorkriegsgläubiger langfristig eher vorteilhaft aus, kurzfristig hatten die Gläubiger jedoch keine Möglichkeit, an ihr Geld zu gelangen.³²

Auch die Anleihegläubiger teilten der amerikanischen Regierung ihre Unzufriedenheit mit dem Pariser Abkommen mit. Die Treuhänder der Dawes-Anleihe verlangten von der amerikanischen Regierung ein entschiedenes Eintreten für die Inhaber von Papieren aus der Dollar-Tranche.³³ Das *State Department* wies eine direkte Verantwortlichkeit für die Interessen der Anleihegläubiger jedoch entschieden zurück. Nach amerikanischem Verständnis war die Investition in Auslandsanleihen eine private Angelegenheit und ein persönliches Risiko. Im Fall eines *default* (Zahlungsverzugs) konnten die Gläubiger deshalb keine direkten Initiativen der amerikanischen Regierung erwarten. Mit einer gewissen Unterstützung der Regierung konnte die Interessenvertretung der amerikanischen Anleihegläubiger, der *Foreign Bondholders Protective Council*, jedoch bei der Wahrnehmung der Gläubigerinteressen auf internationaler Ebene rechnen. Versprechungen wurden den Gläubigern seitens der US-Administration aber nicht gemacht.³⁴ Die zuständigen Regierungsstellen behielten das Problem allerdings im Auge. Aufgrund eines Memorandums der amerikanischen Militärregierung in Deutschland war die amerikanische Regierung über die aktuelle Höhe der deutschen Auslandsverschuldung gut informiert. Die USA nahmen sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor mit Abstand den Spitzenplatz unter allen Gläubigernationen ein.³⁵

Auch in Großbritannien wurde ernsthaft die Idee diskutiert, die ausstehenden Schulden durch einen direkten Zugriff auf Vermögenswerte insol-

³¹ Vgl. HELGE BERGER und ALBRECHT RITSCHL, *Germany and the political economy of the Marshall Plan, 1947–1952: A re-revisionist view*, in: BARRY EICHENGREEN (Hrsg.), *Europe's post-war recovery*, Cambridge 1995, S. 226f. und Tabelle 8.3, S. 223 (Die Clearingschuld gegenüber den Niederlanden belief sich Ende 1944 auf rund RM 6 Mrd., gegenüber Belgien auf rund RM 5 Mrd.).

³² Vgl. CHRISTOPH BUCHHEIM, *Die Wiedereingliederung Westdeutschlands in die Weltwirtschaft 1945–1958*, München 1990, S. 7ff.

³³ *Trustees of the German External Loan 1924* (Nelson Dean Jay und Charles Rist) to Secretary of State, 22. 11. 1946, NA, RG 59–6783.

³⁴ James C. Corliss (Ass. Chief Division of Financial Affairs) to Jay, 3. 4. 1947; Corliss to J.L. Garner (Milwaukee/Wisconsin), 27. 11. 1946, NA, RG 59–6783. Es gab unzählige Anfragen von Gläubigern an US-Regierungsstellen, die alle ähnlich zurückhaltend beantwortet wurden.

³⁵ Office of Military Government for Germany (U.S.): *Appendixes to a plan for the liquidation of war and rehabilitation of Germany* (Appendix L by Lloyd Metzler), 10. 6. 1946, NA, RG 59–6840.

venter deutscher Schuldner zu regeln. Ein leitender Mitarbeiter der *Bank of England* unterbreitete dem *Foreign Office* im Anschluß an einen Deutschlandbesuch den Vorschlag, „the British creditors should be encouraged to foreclose on the debtor's assets where these assets are represented by businesses and factories. [...] It would be possible for British industry to secure a footing in Germany which might in the coming years when Germany begins to recover be of a great importance and value to H.M.G. both politically and economically.“³⁶

Der *foreclosure*-Gedanke wurde in den zuständigen britischen Ministerien durchaus ernsthaft geprüft. Dabei wurden zwar einige gravierende Bedenken geltend gemacht, die grundsätzliche Akzeptanz derartiger Maßnahmen war aber in London weitaus freundlicher als in Washington.³⁷ Für die finanzschwachen Briten war es nach dem Krieg wesentlich schwieriger als für die kapitalstarken Amerikaner, in Deutschland wirtschaftlich Fuß zu fassen. Insofern waren der britischen Wirtschaft alle Investitionsmöglichkeiten willkommen, die nicht auf Neuinvestitionen, sondern auf der Reinvestition alten Kapitals basierten. Dies galt sowohl für die Möglichkeit, Schuldverhältnisse in Industriebeteiligungen umzuwandeln, als auch für die Nutzung eingefrorener Bankguthaben (*blocked Marks accounts*) zu Investitionszwecken in Deutschland. Die alliierte Gesetzgebung in Deutschland gestattete beide Möglichkeiten nicht.³⁸ Abgesehen von den gesetzlichen Möglichkeiten rieten die britischen Besatzungsbehörden dem *Foreign Office* dringend von solchen Investitionen ab, bevor die dafür nötigen Voraussetzungen in Deutschland geschaffen sein würden:

Our line so far has, therefore, been that we must agree the terms of financial reform, carry out the currency conversion part of it and get the price structure right before we consider allowing investments in Germany by the standstill creditors or by holders of pre-war blocked Marks balances.³⁹

Der Einschätzung lag die Befürchtung zugrunde, daß Investitionsmaßnahmen der oben beschriebenen Art als pure Ausnutzung der deutschen Notlage mißverstanden werden könnten, und die daraus resultierende Klima-

³⁶ Dean (Foreign Office) to Playfair (COGA), 4. 2. 1947, PRO, FO 371-64345.

³⁷ Waley to Dean, 7. 2. 1947, PRO, T 236-977.

³⁸ Vgl. OTTO BÖHMER, Grenzen der Auswirkung des besatzungsrechtlichen Beschlagnahmerechts in Deutschland auf das deutsche Auslandsvermögen, in: FRITZ KRÄNZLIN und HEINRICH E.A. MÜLLER (Hrsg.), Der Schutz des privaten Eigentums im Ausland. Festschrift für Hermann Janssen zum 60. Geburtstag, Heidelberg 1958, S. 41-55. Darin werden auch die Beschränkungen für Ausländer beschrieben.

³⁹ Control Commission for Germany and Austria to Dean (Foreign Office), 13. 2. 1947, PRO, FO 371-64345.

vergiftung langfristig zum Nachteil der britischen Wirtschaftsinteressen reichen würde. Die schwebende Sozialisierungsfrage und der Umgang mit den Ansprüchen anderer Auslandsgläubiger kamen erschwerend hinzu. Besonders die Stillhaltegläubiger übten beständigen Druck auf die britische Regierung aus, in Deutschland zu ihren Gunsten aktiv zu werden. Sie wandten sich vor allem an das *Treasury*, wo sie traditionell am ehesten auf Verständnis für ihre Belange hoffen konnten.⁴⁰ Kurzfristig waren die Aussichten jedoch eher schlecht, nicht zuletzt deshalb, weil sich die Amerikaner allen Formen der Reinvestition von Geldern in Deutschland widersetzen.⁴¹

Nach der Bildung der Bizone waren den Briten gegenüber den Amerikanern noch mehr die Hände gebunden als zuvor. Das amerikanische Interesse konzentrierte sich fast ausschließlich auf die Ermöglichung von Neuinvestitionen (*new investments*) zugunsten eines raschen Wiederaufbaus der deutschen Wirtschaft. Die britische Regierung verschloß sich keineswegs der Einsicht, daß die Zuführung von *fresh money* für eine schnelle Beseitigung der Kriegsfolgen und für die auch von Großbritannien dringend gewünschte Wiederherstellung normaler Handels- und Finanzbeziehungen mit Deutschland vorrangig war. Die britischen Stillhaltegläubiger wollten für dieses Ziel jedoch keinesfalls auf ihr Recht verzichten „to attach goods or proceeds thereof belonging to their German debtor“, wenn die Regierung nicht willig war „to give the Standstill Creditors any assurance that their position will be safeguarded.“⁴² Für die britische Regierung wurde es in der Folgezeit zunehmend schwieriger, die britischen Stillhaltegläubiger ruhig zu halten. Ihre Interessenvertreter wollten sich durchaus nicht mit leeren Versprechungen hinhalten lassen, sondern forderten nachdrücklich eine schnelle Rückzahlung der Schulden.⁴³ Damit kollidierten sie zum einen mit den Intentionen der Amerikaner, die einen beschränkten Devisentransfer in Zukunft allenfalls im Rahmen von Neuinvestitionen zulassen wollten, zum anderen mit den Interessen der britischen *long- und medium-term creditors*. Diese erhielten Schützenhilfe von der *Bank of England*. Deren *Governor* Lord Catto wies in einem Schreiben an den *Chancellor of the Exchequer* vom Februar 1947 auf die besonderen, historisch begründeten Privilegien der beiden großen Reichsanleihen hin. Wegen ihrer vermeintlichen Sicherheit waren die Papiere in Großbritannien auch von Kleinanle-

⁴⁰ Waley to Dean (Foreign Office), 7. 2. 1947, PRO, T 236–977.

⁴¹ Playfair (COGA): Comments on the report on the mission to Germany of the representatives of the Accepting Houses Committee, 9. 2. 1947 (Waley, Treasury), PRO, T 236–977.

⁴² Accepting Houses Committee (Chairman Sir Edward Reid) to Waley, Treasury, 29. 4. 1947, PRO, T 236–977.

⁴³ Treasury to Playfair (Foreign Office), 12. 6. 1947, PRO, T 236–977.

gern gern gekauft worden. Entgegen einer weit verbreiteten Meinung waren deshalb keineswegs nur vermögende oder institutionelle Kapitalanleger vom Wertverfall der Papiere und der Einstellung des Zinsendienstes betroffen worden.⁴⁴ Lord Catto machte zusätzlich geltend, daß eine Wiederaufnahme des Zins- und Tilgungsdienstes für die britische Volkswirtschaft auch deshalb von Nutzen sein würde, weil die Einnahmen aus Anleihen als *invisible exports* für die britische Zahlungsbilanz wertvoll waren. Auf diesen Vorteil war von Finanzexperten bereits während des Krieges gelegentlich aufmerksam gemacht worden.⁴⁵

In einem mit dem *Foreign Office* abgestimmten Entwurf eines Antwortschreibens stimmte der Schatzkanzler den Argumenten des *Governor* zwar grundsätzlich zu, hob aber wegen der enormen Belastung des britischen Steuerzahlers durch die Besatzungskosten gleichzeitig die Gültigkeit des *first charge principles* hervor: „Before Germany will be in a position to meet her pre-war external debt, we must first be repaid what we are now advancing, and so of course must the Americans.“⁴⁶ Im Klartext bedeutete dies, daß die britischen Gläubiger sich keine großen Hoffnungen auf eine baldige Regelung ihrer Ansprüche zu machen brauchten. Nach wochenlangem Zögern entschied das *Treasury*, das Schreiben des *Governor* sowie ähnlich lautende Schreiben anderer Institutionen bis auf weiteres unbeantwortet zu lassen. Offenbar war man zu dem Schluß gekommen, daß Schweigen in diesem Fall die bessere Antwort war. In der britischen Administration herrschte eine gewisse Ratlosigkeit, wie man angesichts der deutschen Zahlungsunfähigkeit und der Priorität der Nachkriegsschulden mit dem Problem der deutschen Vorkriegsschuldung umgehen sollte. Einerseits wollte man nicht einmal den Anschein erwecken, als würde die britische Regierung einer Wiederaufnahme des Anleihendienstes hinderlich im Wege stehen, andererseits mußte man eingestehen, daß diese Problematik von Regierungsseite bisher nicht ausreichend durchdacht worden war.⁴⁷

Auf längere Sicht konnte man das Problem aber nicht vor sich her schieben, denn der Druck auf die britische Regierung hielt unvermindert an.⁴⁸

⁴⁴ Zur britischen Situation in den 30er Jahren vgl. WENDT, *Economic Appeasement*. Handel und Finanz, S. 130ff.

⁴⁵ Bank of England (Catto) to Chancellor of the Exchequer, 10. 2. 1947, PRO, FO 371-62441.

⁴⁶ Draft Reply Chancellor of the Exchequer to the Governor of the Bank of England (o. Datum), PRO, FO 371-62441; Roger B. Stevens (Foreign Office, German Section) to R.B. Pitblado (Treasury), 22. 2. 1947, PRO, FO 371-62441.

⁴⁷ Pitblado (Treasury) to Michael A.M. Robb, 30. 4. 1947, PRO, FO 371-65089.

⁴⁸ Committee of British Industrial Interests in Germany to Dean (Foreign Office), 3. 7. 1947, PRO, FO 371-65030.

Die britischen Gläubiger verfügten über keine vergleichbaren steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten wie die Amerikaner und suchten deshalb intensiv nach alternativen Lösungsmöglichkeiten. Besonders die Stillhaltegläubiger verlangten immer wieder offizielle Zusicherungen von ihrer Regierung, daß ihre Forderungen gegenüber deutschen Banken und Industrieunternehmen weder durch Reparations- noch durch Sozialisierungs- oder Entflechtungsmaßnahmen gefährdet werden würden. Die britischen Ministerien reagierten auf Vorstöße dieser Art in der Regel mit der Standardformulierung, „that the legal rights and interests of the standstill creditors like other U.K. claims against Germany are very much in the minds of H.M. Government.“⁴⁹ An der für alle Beteiligten unbefriedigenden Situation änderte sich aber vorläufig nichts. Das Jahr 1947 brachte eine von den Zeitgenossen als krisenhaft empfundene Zuspitzung der unmittelbaren Nachkriegsprobleme, markierte aber gleichzeitig den Beginn eines Umschwungs in eine Phase lang anhaltender politischer Stabilität und wirtschaftlichen Aufschwungs.⁵⁰

Im Juni 1947 kündigte der amerikanische Außenminister Marshall die Auflegung eines umfassenden finanziellen Hilfsprogramms für Europa an, das eine Reihe politischer und wirtschaftlicher Ziele miteinander verband. Das *European Recovery Progame* (ERP) lief im April 1948 an, nachdem es mit einiger Mühe gelungen war, den beträchtlichen inneramerikanischen Widerstand gegen die erneute Vergabe größerer Auslandshilfen zu überwinden. Für die Billigung des Marshallplans war letztlich ausschlaggebend gewesen, daß dem *Congress* die durch die Mittelvergabe erhoffte wirtschaftliche und politische Stabilisierung Westeuropas als Maßnahme zur Abwehr kommunistischer Einflüsse vermittelt werden konnte.⁵¹ Verbunden war damit die definitive Spaltung Europas in Ost und West, nachdem die Ostblockstaaten auf sowjetischen Druck hin eine Teilnahme am ERP abgelehnt

⁴⁹ Draft: Foreign Office to Niemeyer (Capital Issues Committee), September/October 1947, PRO, FO 371–65267.

⁵⁰ Vgl. ALAN S. MILWARD, *The Reconstruction of Europe*, London 1984, S. 6f. Zur Beurteilung der wirtschaftlichen Situation in Westdeutschland vgl. BERND KLEMM und GÜNTER J. TRITTEL, Vor dem „Wirtschaftswunder“: Durchbruch zum Wachstum oder Lähmungskrise? Eine Auseinandersetzung mit Werner Abelshausers Interpretation der Wirtschaftsentwicklung 1945–1948, in: VfZ 35 (1987), S. 619 ff.

⁵¹ Zur Vorgeschichte des ERP-Programms vgl. GÜNTER BISCHOF, Der Marshall-Plan in Europa 1947–1952, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 22/23 (1997), S. 3–17; MANFRED KNAPP, Das Deutschlandproblem und die Ursprünge des Europäischen Wiederaufbauprogramms. Eine Auseinandersetzung mit John Gimbels Marshall-Plan-Thesen, in: HANS-JÜRGEN SCHRÖDER (Hrsg.), *Marshall-Plan und westdeutscher Wiederaufstieg. Positionen – Kontroversen*, Stuttgart 1990, S. 25 ff.

hatten.⁵² Die Überwindung des europäischen Partikularismus und die Initiierung eines wirtschaftlichen und politischen Integrationsprozesses in Westeuropa war Ziel des Marshallplans. Die bisherigen bilateralen Wirtschafts- und Finanzstrukturen sollten umgewandelt und mit den multilateralen Zielsetzungen der USA in Einklang gebracht werden. Die wirtschaftliche und politische Festigung Westeuropas war dabei ebenso ein Ziel der US-Politik wie der Aufbau eines europäischen Sicherheitssystems. Dieses war nach Einschätzung der US-Regierung nur unter der Voraussetzung realisierbar, daß die unter westlichem Einfluß stehenden Teile Deutschlands in den europäischen Integrationsprozeß einbezogen werden würden.⁵³ Zumindest im Anfang bedurfte es des entschiedenen Drucks der Vereinigten Staaten, die westeuropäischen Staaten auf den neuen, integrativen und deutschfreundlichen Kurs zu zwingen.⁵⁴ Vor allem Frankreich und Großbritannien zeigten sich erst einmal widerborstig.

Während die ablehnende Haltung Frankreichs ganz wesentlich von sicherheitspolitischen Erwägungen geleitet wurde, fürchtete Großbritannien vorrangig um seine vermeintliche Weltmachtrolle.⁵⁵ Auf Grund ihrer wirtschaftlichen und politischen Dominanz waren die Vereinigten Staaten jedoch ohne weiteres in der Lage, den Europäern ihre Vorstellungen zu oktroyieren, denen praktisch nur modifizierende Einwirkungsmöglichkeiten verblieben. Die Einbeziehung der drei westlichen Besatzungszonen in das ERP-Programm erleichterte der ein Jahr später gegründeten Bundesrepublik die Rückkehr auf die internationale Bühne, allerdings blieb die politi-

⁵² Vgl. WALTER HEERING, Der Marshall-Plan und die ökonomische Spaltung Europas, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 22/23 (1997), S. 30–38.

⁵³ Vgl. HANS-JÜRGEN SCHRÖDER, Marshallplan, Amerikanische Deutschlandpolitik und europäische Integration 1947–1950, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 18 (1987), S. 9ff.; MANFRED KNAPP, Der Einfluß des Marshallplans auf die Entwicklung der westdeutschen Außenbeziehungen, in: HANS-JÜRGEN SCHRÖDER (Hrsg.), Marshall-Plan und westdeutscher Wiederaufstieg. Positionen – Kontroversen, Stuttgart 1990, S. 217ff.; MÖLLER, S. 354ff.

⁵⁴ Vgl. WERNER BÜHRER, Erzwungene oder freiwillige Liberalisierung? Die USA, die OEEC und die westdeutsche Außenhandelspolitik 1949–1952, in: LUDOLF HERBST und WERNER BÜHRER (Hrsg.), Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Welt, München 1990, S. 139–162.

⁵⁵ Vgl. MICHAEL J. HOGAN, Europäische Integration und deutsche Reintegration: Die Marshallplaner und die Suche nach Wiederaufbau und Sicherheit in Westeuropa, in: CHARLES MAIER und GÜNTER BISCHOF (Hrsg.), Deutschland und der Marshallplan, Baden-Baden 1992, S. 140–199; HEATHER J. YASAMEE, Großbritannien und die Westintegration der Bundesrepublik, in: LUDOLF HERBST und WERNER BÜHRER (Hrsg.), Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Welt, München 1990, S. 535–560.

sche Souveränität des westdeutschen Staates erheblich eingeschränkt.⁵⁶ Die neu gegründete Bundesrepublik unterlag noch offener als die übrigen europäischen Staaten dem amerikanischen Führungsanspruch. Angesichts ihrer miserablen Ausgangsposition als Paria-Nation waren die Deutschen aber erst einmal bereit, sich mit ihrer eingeschränkten politischen Handlungsfähigkeit zu arrangieren. Mit den Jahren wuchs aber auch in der Bundesrepublik der Wunsch nach einer größeren politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit.⁵⁷

Auch wenn die tatsächliche Bedeutung des Marshallplans für die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik und der übrigen europäischen Volkswirtschaften in der Forschung unterschiedlich beurteilt wird: Von den Zeitgenossen wurde das ERP-Programm begrüßt.⁵⁸ Zumindest gilt das für die Situation in der Bundesrepublik. Die Vereinigten Staaten vergaben zwischen 1948 und 1952 knapp \$ 14 Milliarden an Hilfgeldern an die europäischen Staaten. Davon erhielt die Bundesrepublik einen Anteil von etwas mehr als 10%. Dies war kaum die Hälfte der Summen, die Frankreich und Großbritannien erhielten. Für die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik wirkte sich die Marshallplan-Hilfe dennoch in vielfacher Weise segensreich aus.⁵⁹ Dies lag vor allem daran, daß die Bundesrepublik die Gel-

⁵⁶ Vgl. WERNER BÜHRER, Auftakt in Paris. Der Marshallplan und die deutsche Rückkehr auf die internationale Bühne 1948/49, in: VfZ 36 (1988), S. 540 ff.

⁵⁷ Vgl. HANS-PETER SCHWARZ, Die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Welt, in: LUDOLF HERBST und WERNER BÜHRER (Hrsg.), Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Welt, München 1990, S. 600 ff.; LUDOLF HERBST, Stil und Handlungsspielräume westdeutscher Integrationspolitik, in: LUDOLF HERBST und WERNER BÜHRER (Hrsg.), Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Welt, München 1990, S. 3–18; VOLKER BERGHAIN, Zur Amerikanisierung der westdeutschen Wirtschaft, in: LUDOLF HERBST und WERNER BÜHRER (Hrsg.), Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Welt, München 1990, S. 227–253.

⁵⁸ Zur kritischen Einschätzung vgl. WERNER ABELSHAUSER, Wiederaufbau vor dem Marshall-Plan. Westeuropas Wachstumschancen und die Wirtschaftspolitik in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre, in: VfZ 29 (1981), S. 545–578; DERS., Hilfe und Selbsthilfe. Zur Funktion des Marshallplans beim westdeutschen Wiederaufbau, in: VfZ 37 (1989), S. 85–113; dagegen vgl. KLEMM und TRITTEL, S. 578 ff. Einen guten Überblick über den derzeitigen Forschungsstand zum Marshallplan bietet BERGER und RITSCHL, *Germany and the political economy*, S. 199 ff.; vgl. BISCHOF, S. 11 ff.; CHARLES MAIER und GÜNTER BISCHOF (Hrsg.), *Deutschland und der Marshallplan*, Baden-Baden 1992, S. 25 ff. (Einleitung von Charles S. Maier: „Es geht um die Zukunft Deutschlands und damit um die Zukunft Europas“); GERD HARDACH, *Der Marshall-Plan. Auslandshilfe und Wiederaufbau in Westdeutschland 1948–1952*, München 1994, S. 95 ff.

⁵⁹ Vgl. MANFRED KNAPP, *Reconstruction and West-Integration: The Impact of the Marshall Plan on Germany*, in: *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft* 137 (1981), S. 421 ff.; KNUT BORCHARDT und CHRISTOPH BUCHHEIM, *Die Wirkung der Marshallplan-Hilfe in*

der nicht zur Haushaltssanierung verwendete wie andere Länder, sondern revolvierend zur Finanzierung von Investitionen. Die *counterpart funds*, Gegenwertmittel aus der ursprünglichen ERP-Hilfe, werden von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) bis heute zu Investitionszwecken verliehen.⁶⁰

Im Gegensatz zu allen übrigen am ERP-Programm beteiligten Staaten erhielt die Bundesrepublik die Hilfgelder nicht als Zuschuß (*grants*), sondern als Darlehen. Vertraglich ließen sich die Vereinigten Staaten zusichern, daß die Rückzahlung der Marshallplan-Hilfe gegenüber allen anderen ausländischen Forderungen an die Bundesrepublik Deutschland vorrangig zu behandeln war. Obwohl diese Bestimmung bei der Unterzeichnung des *ECA*-Abkommens im Dezember 1949 von deutscher Seite als diskriminierend kritisiert wurde, erwies sie sich langfristig als vorteilhaft. Die Amerikaner verfolgten damit laut eigener Aussage nicht das Ziel, die Bundesrepublik gegenüber anderen europäischen Ländern schlechter zu stellen, sondern es ging ihnen im Gegenteil um den Schutz der deutschen Wirtschaftsinteressen. Die Vereinigten Staaten wollten sicherstellen, daß der deutsche Wiederaufbau durch finanzielle Forderungen von außen auf keinen Fall beeinträchtigt werden konnte. Mit dieser Klausel besaßen die USA aber auch den Schlüssel zur Lösung der gesamten deutschen Auslandsschuldenproblematik. Sämtliche finanziellen Ansprüche gegen die Bundesrepublik mußten solange zurückgestellt werden, bis die Vereinigten Staaten ihre Gelder aus der Marshallplan-Hilfe und gemäß dem *first charge principle* auch aus dem *GARIOA*-Programm⁶¹ zurückerhalten hatten oder ausdrücklich auf deren Rückzahlung ganz oder teilweise verzichtet hatten.⁶² Der Weltmacht USA ging es also um *bargaining power*, die sie direkt gegen die Regierungen anderer Gläubigerländer und indirekt gegen die privaten Gläubigerorganisationen einsetzen konnte. Solange die USA nicht zufriedengestellt waren,

Schlüsselbranchen der Deutschen Wirtschaft, in: VfZ 35 (1987), S. 317–347; WERNER ABELSHAUSER, Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980, Frankfurt a.M. 1983, S. 54 ff.

⁶⁰ Vgl. MANFRED POHL, Wiederaufbau. Kunst und Technik der Finanzierung 1947–1953. Die ersten Jahre der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt a.M. 1973, S. 27 ff.

⁶¹ Abkürzung für Government Appropriations and Relief for Import in Occupied Areas. Dabei handelte es sich um die Lieferung von Nahrungsmitteln, Dünger, Saatgut und Brennstoffen zwischen Juli 1946 und März 1950.

⁶² Vgl. HELGE BERGER und ALBRECHT RITSCHL, Die Rekonstruktion der Arbeitsteilung in Europa. Eine neue Sicht des Marshallplans in Deutschland 1947–1951, in: VfZ 43 (1995), S. 473–519, S. 499; THOMAS A. SCHWARTZ, Europäische Integration und „Special Relationship“. Zur Durchführung des Marshall-Planes in der Bundesrepublik Deutschland 1948–1951, in: CHARLES MAIER und GÜNTER BISCHOF (Hrsg.), Deutschland und der Marshallplan, Baden-Baden 1992, S. 201–249, S. 221 ff.

gab es für die ausländischen Gläubiger keine Chance auf Schuldentrückzahlungen. Die gerade im Wiederaufbau begriffenen deutschen Wirtschafts- und Finanzressourcen konnten somit vor destruktiven Zugriffen aus dem Ausland geschützt werden.

Auf der anderen Seite war die Regelung der Vorkriegsschulden eine unabdingbare Voraussetzung, um das Vertrauen ausländischer Kapitalanleger in die Solidität der Bundesrepublik wiederherzustellen. Es sprach zumindest vieles für die Annahme, daß das dringend benötigte ausländische Kapital bis zur Regelung der Altschulden weitgehend ausbleiben würde. Funktionierende Handels- und Finanzbeziehungen basieren nun einmal auf gegenseitigem Vertrauen, und die Gläubiger von gestern sind die Kapitalgeber von morgen.

Mit der alliierten Wende zu einer konstruktiven Deutschlandpolitik verbesserten sich die Aussichten der Vorkriegsgläubiger grundsätzlich. Die im Juni 1948 von den Alliierten in den Westzonen durchgeführte Währungsreform war ein weiterer Schritt in diese Richtung. Der Abbau des monetären Überhangs aus der Kriegs- und Nachkriegszeit durch die Umstellung von der RM auf die DM war grundlegend für eine künftige Regelung der Auslandsschulden.⁶³

Die finanziellen Handlungsmöglichkeiten von Ausländern blieben trotz Währungsreform weiter stark eingeschränkt, da die restriktive alliierte Gesetzgebung (Gesetz Nr. 52 und 53) auf Betreiben der Amerikaner ihre Gültigkeit behielt. Ausländer konnten über ihr in Deutschland befindliches Vermögen weiterhin nicht frei verfügen. Dies galt sowohl für die auf Sperrkonten eingefrorenen Gelder als auch für aus Industriebeteiligungen anfallende Erträge, die weder transferiert noch reinvestiert werden durften.⁶⁴ Briten und Franzosen konnten an dieser Situation nichts ändern, obwohl sie an partiellen Liberalisierungen durchaus interessiert waren. Die bestehenden Machtverhältnisse machten es ihnen unmöglich, sich in wichtigen Fragen mit abweichenden Meinungen gegenüber den Amerikanern durchzusetzen. Ein Beispiel bot dafür die nach der Währungsreform erneut einsetzende Diskussion über die wichtige Frage des *foreign investments*. Die Notwendigkeit einer Aufhebung der Investitionssperre war angesichts des dringenden Kapitalbedarfs der sich regenerierenden deutschen Volkswirtschaft zwischen den Alliierten im Grunde unstrittig. Unterschiedliche Auffassungen bestanden aber nach wie vor darüber, ob es sich bei den in

⁶³ Vgl. CHRISTOPH BUCHHEIM, Die Währungsreform 1948 in Westdeutschland, in: VfZ 36 (1988), S. 200 ff.

⁶⁴ Vgl. BUCHHEIM, Wiedereingliederung, S. 160 ff.

Deutschland zu investierenden Mitteln ausschließlich um Neuinvestitionen (*fresh money*) handeln mußte oder ob auch bereits in Deutschland befindliches Kapital reinvestiert werden durfte. Vor allem die Briten verlangten entschieden eine Gleichstellung von *new* und *old investment*, d. h. die Möglichkeit zur Reinvestition blockierter Bankguthaben, zurückgezahlter Stillhalte- und Handelsschulden sowie von Profiten aus Industriebeteiligungen in Deutschland. Gegen eine Aufhebung des Investitionsverbots in Deutschland einseitig zugunsten von Neuinvestitionen sträubten sich die Briten nach Kräften, weil eine solche Regelung den Vereinigten Staaten eine Sonderstellung eingeräumt hätte. Nur in den USA war investitionsfähiges Kapital größeren Umfangs vorhanden, während sich die europäischen Staaten ausnahmslos in einer schwierigen finanziellen Lage befanden. Eine nennenswerte britische Investitionstätigkeit in Deutschland war deshalb nur möglich, wenn „pre-war debts are mobilised and brought into play.“⁶⁵

Die Vorkriegsschulden – allerdings vorrangig die kurzfristigen – wurden mehr und mehr als ein Mittel angesehen, um dem wachsenden amerikanischen Einfluß auf die westdeutsche Volkswirtschaft Paroli zu bieten, „since the U.K. [...] must rely on its existing assets in, and claims against, Germany to balance new American investment.“⁶⁶ Die ausschließlich auf das *new investment* fixierten Amerikaner weigerten sich jedoch beharrlich, das von britischer Seite gewünschte *old investment* gleichberechtigt zuzulassen. Dafür ließen sich durchaus gute Argumente ins Feld führen: Grundsätzlich war die Zufuhr frischen Kapitals, vor allem in Form von US-Dollars, für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft wesentlich wichtiger und ganz anders nutzbar als die Reinvestition alten Kapitals. Die private amerikanische Investitionsbereitschaft war aber abhängig von einer angemessenen Verzinsung des Kapitals und von der Möglichkeit, die in Deutschland anfallenden Profite uneingeschränkt ins Ausland transferieren zu dürfen. Da die deutsche Devisenlage auf absehbare Zeit als sehr schwierig einzuschätzen war, würden nur in sehr begrenztem Umfang transferierbare Gelder zur Verfügung stehen. Bei einer Gleichbehandlung von Erträgen aus reinvestiertem und aus neuinvestiertem Kapital stand zu befürchten, daß nicht genügend Devisen vorhanden sein würden, um den uneingeschränkten Transfer von Profiten potentieller amerikanischer Investoren sicherzustellen. Unter solchen Umständen war mit einer größeren amerikanischen Investitionsbereitschaft in Deutschland nicht zu rechnen, und das so dringend

⁶⁵ Playfair (Treasury Chambers) to Sir Jones, 6. 8. 1948, PRO, T 236–3411.

⁶⁶ Telegram from Foreign Office (J.W. Nicholls) to Berlin (secret), 25. 8. 1948, PRO, FO 371–70771.

benötigte Dollar-Kapital würde für den deutschen Wiederaufbau nicht zur Verfügung stehen.

Seit der Auflegung des Marshallplans war das Interesse amerikanischer Kapitalgeber an Investitionen in Westdeutschland spürbar gestiegen, allerdings nur unter der Voraussetzung, daß die damit verbundenen Profitmöglichkeiten besser kalkulierbar sein würden. Der Transfer spielte in diesem Zusammenhang eine zentrale Rolle. Den britischen Regierungsstellen war die Problemlage durchaus vertraut, auf Reinvestitionsmöglichkeiten für die kurzfristigen britischen Stillhalte- und Handelsschulden wollten und konnten sie aber dennoch nicht verzichten. Es wurden deshalb Überlegungen angestellt, ob das Problem durch eine bevorzugte Behandlung von Neuinvestitionen beim Transfer zu entschärfen sein würde.⁶⁷ Ein Gedanke, der bei den britischen Gläubigern auf schroffe Ablehnung stieß. Sie forderten eine Gleichstellung von *old* und *new investment*.⁶⁸ Um den Amerikanern eine Zustimmung zu den britischen Vorstellungen zu entlocken, sollten die von den langfristigen Schulden bereits fällig und damit zu *cash claims* gewordenen Zins- und Tilgungszahlungen ausdrücklich von dieser Regelung ausgeschlossen werden. Mit dieser Maßnahme sollte verhindert werden, daß „the scheme would break down by the excess of claims available to be converted.“⁶⁹

In Londoner Regierungskreisen war man sich der Problematik einer unterschiedlichen Behandlung von *long-* und *short-term debts* durchaus bewußt, die bei den betroffenen Gläubigern natürlich auf wenig Verständnis stieß.⁷⁰ Angesichts der eigenen Finanzschwäche sah man jedoch keine Alternative zu dieser Politik der kleinen Schritte. Von der britischen Regierung wurde die Eröffnung von Reinvestitionsmöglichkeiten für den Bereich der kurzfristigen Schulden als ein erster Schritt auf dem Weg zur Lösung der Schuldenfrage angesehen. Eine einseitig auf die Förderung von Neuinvestitionen ausgerichtete Politik wurde von der britischen Regierung für

⁶⁷ Nicholls to Strang, 20. 8. 1948, PRO, FO 371-70771 Das Schreiben gibt die Meinung der britischen Regierung zum Problem *foreign investment* wieder.

⁶⁸ Bank of England (R.J. Cunneil) to Nasmyth (Treasury), 25. 3. 1949; Minute Sheet: Meeting with representatives of pre-war creditors (Stewart Crawford), 1. 4. 1949, und Minutes of meeting with pre-war creditors on 4th April, 1949, Foreign Office (German Section), PRO, FO 371-76918.

⁶⁹ Playfair (Treasury Chambers) to Sir Jones, 6. 8. 1948 PRO, T 236-3411.

⁷⁰ Minutes of meeting with pre-war creditors on 4th April 1949, Foreign Office (German Section), PRO, FO 371-76918.

gefährlich gehalten, weil sie sich nachhaltig zu Lasten der bestehenden gouvernementalen und privaten Verschuldung auswirken würde.⁷¹

Die Erinnerung an die unmittelbar nach dem Krieg drohende Gefahr, daß die Vorkriegsschulden den Reparationen geopfert werden würden, war noch frisch. Für Großbritannien bedeutete die Wahrung alter Rechte (*pre-war debts*) gleichzeitig auch die Sicherung neuer Chancen (*investment*). Die Vereinigten Staaten bestanden dagegen prinzipiell auf einer sauberen Trennung von alten Schulden und neuen Investitionen. Eine Nutzung der Vorkriegsschulden zu Investitionszwecken lehnten sie kategorisch ab. Die Lösung der Schuldenfrage war für die Amerikaner ein internationales Problem, das in Zusammenarbeit mit der künftigen deutschen Regierung einer möglichst allen Schuldenkategorien gerecht werdenden Lösung zugeführt werden sollte. Im Kontext einer Gesamtregelung waren dann auch die Nachkriegsschulden, also die aus den alliierten Hilfslieferungen und aus dem ERP-Programm aufgelaufenen Schulden, zu berücksichtigen. Die konsequente oder auch starre amerikanische Haltung ausschließlich zugunsten des *new investment* entsprach der politischen und wirtschaftlichen Stärke der USA, deren Investitionspotential nicht von den Vorkriegsschulden abhängig war.

Die britische Haltung in dieser Frage war dagegen eine Folge der eigenen Schwäche. Im Verlauf des Jahres 1949 verlagerte sich das Tauziehen zwischen Briten und Amerikanern dann auf das sogenannte *DM-settlement*. Darunter ist die Möglichkeit zu verstehen, zwischen deutschen Schuldern und ausländischen Gläubigern bestehende Fremdwährungsschulden statt in Devisen in DM regeln zu können. Die Briten waren an dieser Möglichkeit sehr interessiert. Das zurückerstattete Geld sollte nach britischen Vorstellungen in Deutschland reinvestiert werden und hätte somit die materielle Basis für das umstrittene *old investment* gebildet. Mit der Forderung nach einer Zulassung des *DM-settlement* stand Großbritannien nicht allein, sondern konnte sich breiter europäischer Unterstützung sicher sein. Eine von der Londoner Sechsmächtekonferenz eingesetzte Studiengruppe, die mit der Ausarbeitung von Vorschlägen zur Wahrung ausländischer Interessen in Deutschland nach der Gründung der Bundesrepublik beauftragt worden war, empfahl in ihrem Bericht unter der Rubrik *Foreign Currency Debts* nachdrücklich die Zulassung des *DM-settlement*.⁷² Obwohl sich die US-

⁷¹ Telegram from Foreign Office (Nicholls) to Berlin (secret), 25. 8. 1948, PRO, FO 371-70771.

⁷² Report and recommendations of the Inter-Governmental Group on the safeguarding of foreign interests in Germany, Paris, 25th October to 10th November, 1948, PRO, FO

Regierung diesem Votum ausdrücklich nicht angeschlossen hatte, hofften die Briten, diesem Ziel mit der Zeit schrittweise näherzukommen.

Den amerikanischen Optimismus hinsichtlich der im Ausland vorhandenen Bereitschaft zu Neuinvestitionen in Deutschland hielten sie nicht nur für blauäugig, sondern sogar für schädlich, weil in Deutschland nur falsche Erwartungen geweckt würden.⁷³ Aus britischer Sicht war eine nennenswerte ausländische Investitionsbereitschaft abhängig vom Nachweis der wirtschaftlichen und politischen Stabilität des neuen deutschen Staates. Eine Befriedigung der Ansprüche der Vorkriegsgläubiger war dafür aus britischer Sicht eine unverzichtbare Voraussetzung:

It is wrong in principle to encourage a debtor country which has reached no settlement with existing creditors to incur new foreign obligations to the detriment of such creditors.⁷⁴

Das Festhalten an dem guten kaufmännischen Prinzip, daß alte Schulden erst bezahlt sein müssen, bevor neue gemacht werden können, war grundsätzlich richtig und wurde im allgemeinen auch von den Amerikanern befürwortet.⁷⁵ Washington hielt aber an der Auffassung fest, daß die deutschen Auslandsschulden aus der Vorkriegszeit aus Gründen der Gleichbehandlung en bloc geregelt werden sollten. Ein Nachgeben in der Frage des *DM-settlement* kam daher nicht in Frage.⁷⁶ Die Briten wollten ihrerseits nicht einsehen, warum die auf diese Weise mögliche Regelung privater deutscher Schulden gegenüber Ausländern auf freiwilliger Basis nicht erlaubt werden sollte. Auf Grund der in Deutschland gültigen alliierten Gesetze waren Ausländer in vielen Belangen immer noch schlechter gestellt als die Deutschen. Die britische Regierung war nicht gewillt, diesen Zustand dauerhaft hinnehmen.⁷⁷ Die britische Regierung war überzeugt, daß eine Reduzierung der Stillhalteschulden mit Hilfe des *DM-settlement*, die auch von

371–76685: „It is the view of the Group that in the future a foreign creditor will be free to take payment in Deutschmarks for a debt expressed in foreign currency if it is offered to him.“ (Recommendation No 19).

⁷³ Bank of England (C.F. Cobbold) to Sir Henry Wilson, 22. 4. 1949, PRO, FO 371–76918; Colonel Vigers to Colin MacFarlane, 28. 4. 1949, PRO, FO 371–76919.

⁷⁴ Foreign Office (Nicholls) to Washington, 17. 7. 1949, PRO, FO 371–76919.

⁷⁵ Jack E. Abbott (Treasury) to Nicholls (Foreign Office), 10. 6. 1949, PRO, FO 371–76919. In diesem Schreiben heißt es: „... remind the Americans that they themselves have subscribed to the principle that loans to a debtor country should not be encouraged until it has reached a settlement with the existing creditors.“

⁷⁶ Inward Telegram from Washington to Foreign Office (German Section), 21. 7. 1949, PRO, FO 371–76920.

⁷⁷ Aide-Mémoire: Investment Policy, British Embassy, Washington D.C., 26. 8. 1949, NA, RG 59–5204.

deutscher Seite gewünscht wurde, für die dringend benötigte Wiederbelebung der deutschen Kreditbeziehungen zum Ausland sehr förderlich sein würde.⁷⁸

Im August 1949 schien ein Kompromiß zwischen Amerikanern und Briten in greifbare Nähe zu rücken. Washington ließ die Bereitschaft erkennen, unter bestimmten Voraussetzungen ein *DM-settlement* zu gestatten, um damit die ausländische Investitionstätigkeit in Deutschland anzufachen. Die Amerikaner bestanden aber darauf, daß eine Vereinbarung zwischen Schuldner und Gläubiger ausschließlich auf freiwilliger Basis erfolgen durfte.⁷⁹ Mit ihrem Vorschlag, ein *DM-settlement* unter bestimmten Umständen allein vom Wunsch des ausländischen Gläubigers abhängig zu machen, konnten sich die Briten nicht durchsetzen.⁸⁰ Trotzdem gab es in London breite Zustimmung für eine Einigung mit den Amerikanern auf der Basis des obigen Vorschlags.⁸¹ Wenn erst einmal der Anfang gemacht war, so hoffte man, würden sich sukzessive weitere Verbesserungen erzielen lassen.⁸² Zum Ärger der Briten sperrte sich der amerikanische Hochkommissar John McCloy gegen die vorgesehene Regelung von Fremdwährungsschulden durch DM-Zahlung. Er hielt es für bedenklich, daß weder die Höhe noch die Verteilung der auf der Basis eines *DM-settlement* potentiell regelbaren Schulden genauer bekannt war. Für den Fall, daß zahllose ausländische Gläubiger das Recht auf DM-Zahlungen in Anspruch nehmen sollten, befürchtete McCloy einen unkontrollierten Run auf deutsche Investitionsobjekte mit schädlichen Auswirkungen auf die deutsche Volkswirtschaft. Außerdem hielt er es für ungerecht, daß z.B. die Anleihegläubiger nicht von dieser Regelung profitieren konnten. Proteste der Benachteiligten waren daher nicht auszuschließen.⁸³ Vom *Foreign Office* wurden die von amerikanischer Seite gegen die Zulassung eines *DM-settlement* vorgebrachten Bedenken verärgert als „unrealistic and largely irrelevant“ zurückgewiesen.⁸⁴ London machte dem *State Department* unmißverständlich klar, daß

⁷⁸ Outward Telegram from Foreign Office (German Section) to Washington, 13. 8. 1949, PRO, FO 371-76920.

⁷⁹ Inward Telegram from Washington to Foreign Office (German Section), 16. 8. 1949; Outward Telegram from Foreign Office (German Section) to Washington, 23. 8. 1949, PRO, FO 371-76921.

⁸⁰ Telegram Foreign Office to CCG/BE (Berlin), 31. 8. 1949, PRO, FO 1046-579.

⁸¹ Bank of England (J.B. Loynes) to Abbott (Treasury), 2. 9. 1949, PRO, FO 371-76922.

⁸² Abbott (Treasury Chambers) to Nicholls, 5. 9. 1949, PRO, FO 371-76922.

⁸³ Telegram from Frankfurt to Foreign Office, 3. 9. 1949, PRO, FO 371-76922.

⁸⁴ (Draft) Nicholls to Abbott (Treasury), 2. 9. 1949, PRO, FO 371-76922: „From this it appears that Mr. McCloy's financial advisor has managed to persuade his master to throw over-

es seine Zustimmung zum *foreign investment* prinzipiell von einer Zulassung des *DM-settlement* abhängig machen würde. Der britische Hochkommissar Sir Brian H. Robertson wurde für seine Diskussionen mit den anderen Hochkommissaren entsprechend instruiert. Der amerikanische Hochkommissar McCloy hielt aber weiter an seiner bisherigen Meinung fest. Er lehnte eine Ungleichbehandlung der Gläubiger ab, weil dies angeblich gegen sein Gerechtigkeitsempfinden verstieß und weil er ärgerliche Reaktionen benachteiligter Gläubigergruppen vermeiden wollte. Dagegen versuchte Sir Robertson, seinen Kollegen die durch das *DM-settlement* möglich werdende Reduzierung der Gesamtschulden als einen im Interesse aller Gläubiger liegenden Vorteil zu verkaufen.⁸⁵ Ein ausgesprochen schwaches Argument, weil vor allem die britischen Anleihegläubiger stets auf Chancengleichheit beharrt hatten.⁸⁶ Sir Robertson vermochte es mit seiner Argumentation auch nicht, McCloy zu einer Meinungsänderung zu bewegen.⁸⁷ Daran vermochten auch weitere intensive Verhandlungen nichts zu ändern.⁸⁸ Trotzdem signalisierte das *State Department* im Dezember 1949 Kompromißbereitschaft.⁸⁹ Damit die Briten die dringend benötigten ausländischen Investitionen nicht länger blockieren konnten, stimmte Washington einem *DM-settlement* auf freiwilliger Basis unter bestimmten Bedingungen zu.

Unterdessen wuchs der Druck der britischen Gläubigerorganisationen auf die Regierung, endlich mehr für die Interessen der Gläubiger zu tun. Den Amerikanern, allen voran Hochkommissar McCloy, wurde von den Gläubigern vorgeworfen, auf die legitimen Interessen der Auslandsgläubiger keinerlei Rücksicht zu nehmen.⁹⁰ Die britischen Gläubiger waren durch die Bank mit den bisherigen Verhandlungsergebnissen unzufrieden und immer weniger bereit, sich von ihrer Regierung hinhalten zu lassen. Auch die Anleihegläubiger machten mobil und forderten eine Zulassung von DM-

board the compromise solution reached as a result of our negotiations with the State Department.“

⁸⁵ Outward Telegram from Foreign Office to Frankfurt (Robertson), 8. 9. 1949, PRO, FO 371-76922.

⁸⁶ Minutes of meeting with pre-war creditors on 4th April, 1949, Foreign Office (German Section), PRO, FO 371-76918.

⁸⁷ Inward Telegram from Frankfurt to Foreign Office, 17. 9. 1949, PRO, FO 371-76922.

⁸⁸ Outward Saving Telegram from Foreign Office to Wahnerheide, 17. 11. 1949, PRO, FO 371-76923; Telegram McCloy Frankfurt to Secretary of State, 29. 11. 1949, NA, RG 59-5204.

⁸⁹ Department of State (Acheson) to HICOG, Frankfurt, Mr. Bittenwieser, 6. 12. 1949, NA, RG 59-5204.

⁹⁰ Committee of British Industrial Interests in Germany (Cavendish-Bentinck) to Roger B. Stevens (Foreign Office, German Section), 2. 12. 1949, PRO, FO 371-76923.

Zahlungen für Anleiheschulden u.a.m.⁹¹ Wie das genau funktionieren sollte, blieb unklar, auf jeden Fall war diese Forderung für die amerikanische Regierung ein rotes Tuch. Sie bestand auf einer aufwendigen Validitätsprüfung jedes einzelnen *bond*, bevor der Anleihedienst wiederaufgenommen werden durfte. Hintergrund war das Problem der *looted* oder *tainted bonds*. Die Russen hatten nach der Besetzung Berlins sämtliche Anleihedokumente aus den Tresoren der Reichsbank entwendet. Darunter befanden sich zahlreiche Papiere, die ihren rechtmäßigen Besitzern von den Nazis geraubt worden waren oder die im Auftrag der nationalsozialistischen Regierung vor ihrer Fälligkeit im Ausland zurückgekauft, aber noch nicht entwertet worden waren. Zwecks Devisenbeschaffung wurde nun von sowjetischer Seite der Versuch unternommen, diese Papiere über dubiose Kanäle wieder in den Wertpapierhandel einzuschleusen.

Der britischen Regierung bereitete es zunehmend Probleme, ihre Ohnmacht gegenüber den USA vor den britischen Gläubigern zu verschleiern. Die Uneinigkeit der Gläubiger untereinander rettete sie in einigen schwierigen Situationen vor der Notwendigkeit, ihre Hilflosigkeit offenbaren zu müssen.⁹² Es kam den Briten nicht ganz ungelegen, daß das Jahr 1949 ohne eine Einigung über das *foreign investment* und allen damit im Zusammenhang stehenden Fragen endete. Die Briten hofften, von einer stärkeren Einbindung der Deutschen, die sowohl an einer Aufhebung des Moratoriums von Auslandsinvestitionen als auch an einer Lösung der Schuldenfrage größtes Interesse hatten, profitieren zu können. Die Gründung der Bundesrepublik Deutschland schuf dafür die Voraussetzung.

⁹¹ Record of a meeting on 1st December 1949, Foreign Office (German Section), PRO, FO 371-76924.

⁹² Telegram from Stevens (Foreign Office, German Section) to Wahnerheide, 6. 12. 1949, PRO, FO 371-76924.